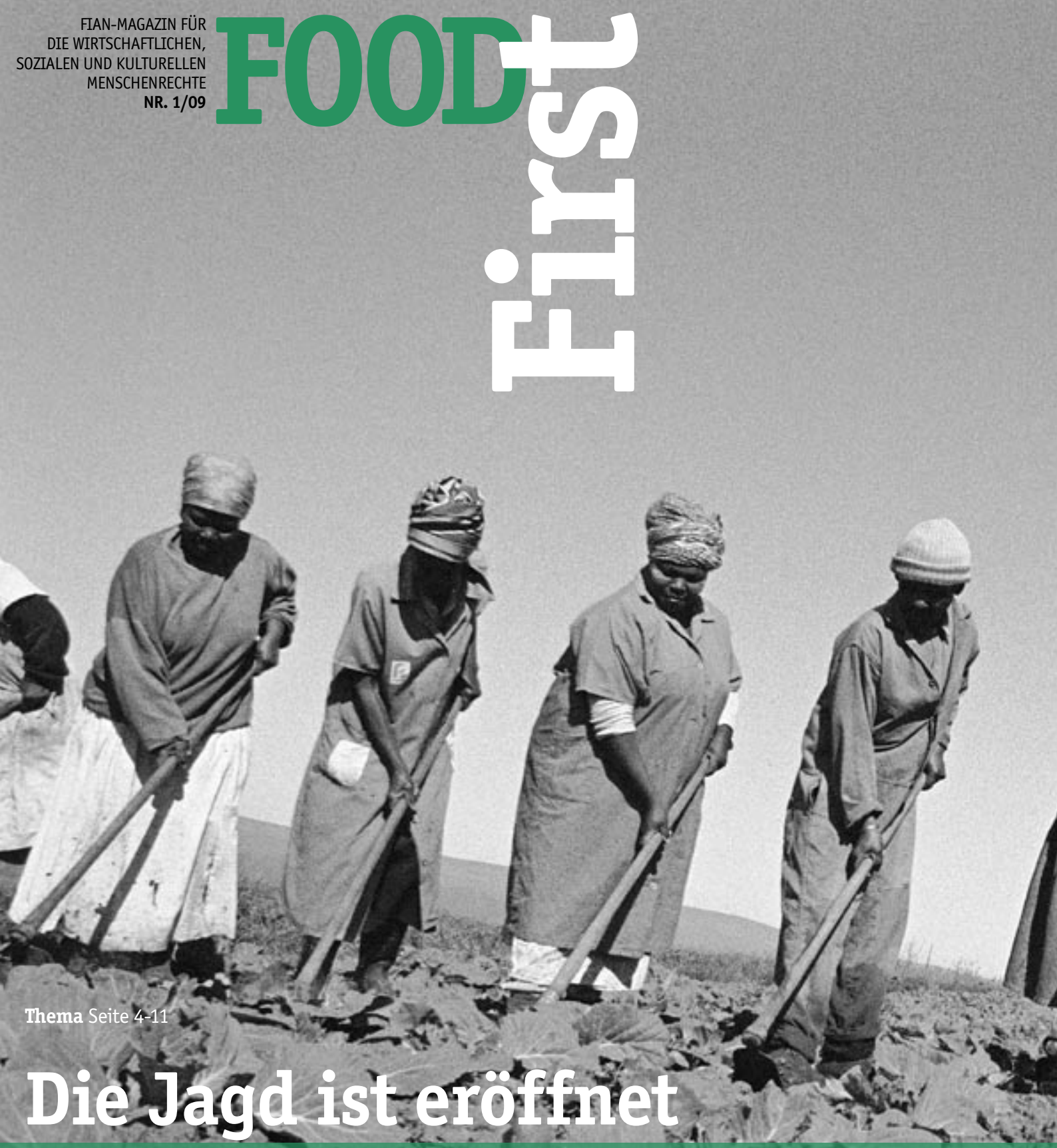
FIAN-MAGAZIN FÜR
DIE WIRTSCHAFTLICHEN,
SOZIALEN UND KULTURELLEN
MENSCHENRECHTE
NR. 1/09

FOOD First



Thema Seite 4-11

Die Jagd ist eröffnet

Zugang zu Land in Zeiten der Krise

Außerdem in diesem Heft:

Bericht von der Welternährungskonferenz in Madrid
Bananen und Ananas – Preiskampf in deutschen Supermärkten
Aktuelle Eilaktionen zu Indien und Guatemala

Internationale Menschenrechtsorganisation
für das Recht sich zu ernähren

FIAN

Inhaltsverzeichnis

Aktuell

Exportoffensive 3

Thema

Die Landbörse boomt 4
Die globale Jagd nach Land 6
Landpolitik in der deutschen EZ 7
Interview mit Eriberto Ayala 8
Kambodscha: Sand im Getriebe 9
Adivasi: Zerstörung schreitet voran 10
China: Neue Landpolitik – neue Hoffnung? 11

International

Madrid: Recht auf Nahrung im Auftrieb? 12
Weltagrarbericht fordert Paradigmenwechsel 13
Österreich: Task Group – Recht auf Nahrung 14
Supermärkte: Billig um jeden Preis? 15
Konferenz Politik gegen Hunger 16
Global Food Challenge in Genf 17

Organisation

Eilaktions-Rundbrief 18
Neues aus der Blumenkampagne 20
Rezension 22
Personalia 22

Vermischtes

Neue Publikationen 23
Termine 24

Editorial

In Bewegung bleiben

Landjagd in Madagaskar, Sonderwirtschaftszonen in Kambodscha, Nahrungsmittelproduktion als globales Spekulationsgut – Themen dieses Heftes und wie so oft, die Probleme erscheinen bedrückend groß, das Machtgefälle oftmals unüberbrückbar. Allzu oft lassen auch die Gesellschaftsmodelle und Werte, die hinter solchen Phänomenen stehen, jeglichen Respekt vor den Menschen vermissen. Die Finanzkrise, so bitter sie viele trifft, lässt es seit langer Zeit wieder zu, dass auch grundsätzliche Fragen und Systemkritik Gehör finden können. Diese Chance gilt es zu nutzen, denn Krisen können große neue Würfe und Ideen ermöglichen – ebenso häufig führen sie aber auch nur zu kleinkarierten und faulen Kompromissen.

FIAN sollte sich in dieser Situation eindeutig profilieren und auf die Stärken des internationalen Netzwerkes setzen. Nicht Attac noch Amnesty, sondern von beiden das Beste: von unten bewegte, authentische und kompetente Menschenrechtsarbeit. Empowerment, das ebenso von Nord nach Süd wie von Süd nach Nord gelebt werden kann. Von engagierten Fianistas in Indien, Bauernführern in Kambodscha und Indigenen in Lateinamerika lernen wir vieles, zum Beispiel nicht aufzugeben. Gleichzeitig ist das Empowerment und die Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der konkreten Fallarbeit sicherlich eines der stärksten und oft auch ein bewegendes Element der Arbeit FIANs. Das sollte so bleiben – nur noch viel besser!

In diesem Sinne verabschiede ich mich nach knapp 6 Jahren von der hauptamtlichen Arbeit bei FIAN. Ein herzliches Dankeschön an die vielen, von denen ich vieles über Menschenrechte lernen durfte und die wie ich noch vieles bewegen möchten!

Britta Schweighöfer
Geschäftsführerin FIAN-Deutschland

IMPRESSUM
Herausgeber:
FIAN-Deutschland e. V.
Briedeler Straße 13, 50969 Köln
Tel. 0221-7020072, Fax 0221-7020032
E-Mail: fian@fian.de, Internet: www.fian.de

FIAN-Österreich
Johann Strauss Gasse 33/2-3
1040 Wien
Tel. 01-2350239, Mobil: 0650-4055511
E-Mail: fian-oe@oneworld.at, Internet: www.fian.at

Redaktionsteam: Roman Herre, Armin Paasch, Uschi Strauß
Layout: Georg Temme
Druck: Basisdruck GmbH, Springwall 4, 47051 Duisburg
Gedruckt auf 115 g Reprint
Titelfoto: © TCOE, Südafrika, aus der Ausstellung *A Life of Dignity*
Fotos: © FIAN oder siehe Bildunterschrift

Fördervermerk: Mit freundlicher Unterstützung von Misereor und der Europäischen Kommission. Die dargestellten Meinungen sind die der AutorInnen und nicht zwingend die der Europäischen Kommission.

Erscheinungsdatum: März 2009
Erscheinungsweise: drei Ausgaben/Jahr
Auflage: 2.500
Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten
Einzelpreis 4,50 €
Abonnementspreis: Standardabo 15,– €, Förderabo 30,– €
(Ausland zzgl. 10,– €)

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
Konto 4000 4444 00
BLZ 430 609 67

Armin Paasch

Die Exportoffensive

Bundesrepublik als Türöffner?

Die Agrarminister aus rund dreißig Ländern haben auf einem Treffen während der Grünen Woche am 17. Januar in Berlin beschlossen, die Exportsubventionen in der Landwirtschaft abzuschaffen. Eigentlich eine gute Nachricht. Zu dumm nur, dass EU-Agrarkommissarin Marianne Fischer-Boel just am Vortag die Wiedereinführung solcher Subventionen für Milchprodukte angekündigt hatte. Dies ist nur Spitze des Eisbergs. Auch sonst stehen in der europäischen und deutschen Landwirtschaftspolitik alle Zeichen auf Export.

Es gehe nur um einen Ausgleich für den gesunkenen Dollarkurs, der sich ungünstig für europäische Milchexporteure entwickelt habe, versuchte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, auf der Grünen Woche die Gemüter zu beruhigen. Ausfuhren nach Afrika und in andere Entwicklungsländer sollen ausdrücklich nicht subventioniert werden, versichert Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Alles in Butter also? Mitnichten. Auch Exportsubventionen in Richtung USA, Russland und Japan werden die Weltmarktpreise weiter in den Keller treiben. Und das drückt auch die Einkommen von afrikanischen und asiatischen Milchbauern.

Unverdaulicher Milchshake

Der Beschluss kam nicht überraschend. Schon seit Monaten hatten der Raiffeisenverband, der Milchindustrie-Verband (MIV) und der Deutsche Bauernverband (DBV) darauf gepocht, weil die Weltmarktpreise seit Mitte 2008 eingebrochen waren. Daran jedoch war die EU nicht ganz unschuldig: Trotz stagnierender Binnennachfrage hatte sie im Frühjahr 2008 die Milchquote um zwei Prozent erhöht und im November im Rahmen des ‚Gesundheitschecks' eine weitere jährliche Erhöhung um je ein Prozent beschlossen.

Damit hatte die EU die Abwärtsspirale der Milchpreise in der EU und auf dem Weltmarkt angeheizt und zugleich die Notwendigkeit geschaffen, die überschüssige Milch zu exportieren. Heute stellt die EU Ausfuhrerstattungen als ein unvermeidliches Übel zur Rettung europäischen Milchbauern dar. Doch sie selbst hatte die Bauern in die miserable Lage manövriert, welche jetzt Rettungsmaßnahmen erfordert. Unverdaulich ist dieser politische Milchshake aus Überschussproduktion, Schleuderpreisen und Exportsubventionen nicht nur für die Bauern im Süden, sondern auch in Europa.

Auch sonst stehen die Zeichen auf Dumping. Geht es nach der französischen Regierung, wird die EU bald auch den Schweinefleischexporteuren mit neuen Subventionen unter die Arme greifen. Bedroht ist das Recht auf Nahrung umso mehr, weil die EU viele Entwicklungsländer zur gleichen Zeit zu einer radikalen Marktöffnung drängt (vgl. *FoodFirst* 2/2008). Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit Ländern wie Uganda, Ghana und Sambia waren nur der Auftakt. Neben Mittelamerika und Südostasien hat die EU nicht zuletzt Indien im Visier, wo weltweit die meisten Hungernden leben. Auf 90 Prozent der europäischen Importe soll Indien demnach die Zölle ganz abschaffen und die restlichen Zölle auf dem derzeitigen Niveau deckeln. Für Indiens Milch- und Geflügelbauern ist dies ein Damoklesschwert. Bisher ist Indien nach der EU der zweitgrößte Milchproduzent weltweit.

Nichtregierungsorganisationen kritisieren während einer Aktion auf der Grünen Woche den Deutschen Bauernverband, der sich für die Wiedereinführung der Exportsubventionen eingesetzt hatte. Auf dem Foto: Präsident des DBV Gert Sonnleitner (rechts). Foto: *Herd-und-Hof.de*

Bundesregierung als Türöffner?

Auch die Bundesregierung sieht die Zukunft der deutschen Landwirtschaft im Exportgeschäft. So lancierte das Landwirtschaftsministerium (BMELV) Ende letzten Jahres ein ambitioniertes Aktionsprogramm zur Exportförderung insbesondere für Milchprodukte, Schweine- und Hühnerfleisch. Zu den Zukunftsmärkten für Milchprodukte zählt sie neben Russland und China ausdrücklich auch Indien und Afrika. Laut Ministerin Ilse Aigner will die Bundesregierung damit im Ausland als „Türöffner" für die deutsche Agrarwirtschaft auftreten. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) begrüßte das Programm. In einer Pressemitteilung beschwor sie offen einen „Schulterschluss von Wirtschaft, Politik und Absatzförderung" zur „Eroberung neuer internationaler Märkte".

Kein Zweifel: Wie wenige andere Länder setzt sich Deutschland international für die Anerkennung und Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung ein. Dieses Engagement hat sie auf der Konferenz „Politik gegen Hunger" in jüngster Zeit mehrmals bekräftigt. Noch glaubwürdiger wäre sie dabei allerdings, wenn sie die eigene und die europäische Landwirtschafts- und Handelspolitik am Recht auf Nahrung ausrichten würde. Der ‚Gesundheitscheck' der europäischen Agrarpolitik hat die Probleme eher verschärft. Ein Menschenrechtscheck tut Not, damit die für 2013 angekündigte Reform ihren Namen verdient.

Zu den Exportsubventionen startet FIAN mit anderen Organisationen im März eine E-Mail-Aktion, Informationen auf *www.fian.de* .

Der Autor ist Welthandelsreferent bei FIAN-Deutschland.

Roman Herre

Alles in der Krise, nur die Landbörse boomt

Herausforderungen für die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung

In Ländern mit einer hohen Zahl von Hungernden ist oft genügend fruchtbares Land vorhanden, dass die Bevölkerung ernähren könnte. Foto: Mohan Dhamotharan

Die Landfrage ist eine seit je her ein Dreh- und Angelpunkt in der Debatte um ländliche Armuts- und Hungerbekämpfung. Soziale Bewegungen, Bauern- und Landlosenorganisationen fordern in vielen Ländern der Welt eine gerechtere Verteilung von Land. Für sie ist das eigene Stück Land oft die einzige Chance, ihre Familien zu ernähren. Weder in den Städten noch auf den Großplantagen wartet Arbeit auf sie oder gar eine Arbeit in Würde.

Aber genau so bedeutend wie die Landfrage ist, so stark polarisiert sie auch. So wie viele ländliche Arme in den eigenen Acker alle Hoffnung für sich und die Zukunft ihrer Familie stecken, sehen Andere das Thema Agrarreformen als Vorboten einer kommunistischen Planwirtschaft gleichbedeutend mit der Abschaffung jeglichen Privateigentums.

Hunger nach Land

Die strukturellen Zusammenhänge zwischen Hunger und der Frage des Zugangs zu Land sind bekannt: Etwa 80 Prozent der Hungernden leben auf dem Land. Ihr Hauptproblem ist der fehlende Zugang zu produktiven Ressourcen, insbesondere zu Land und Wasser. Zur Hungerbekämpfung und Durchsetzung des Rechts auf Nahrung muss deren Zugang zu Land verbessert werden (staatliche Gewährleistungspflicht). Dies unterstreichen *FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung*. In Ländern mit hoher Landkonzentration in den Händen weniger sind daher umfassende Agrarreformen, die das Mittel der rechtstaatlichen Enteignung einschließen, ein zentrales Instrument zur Hungerbekämpfung. Wichtig für eine nachhaltige Hungerbekämpfung sind flankierende Maßnahmen zur Unterstützung von Agrarreformbegünstigten: Beratung und Schulung, Zugang zu Krediten und Saatgut, Stärkung lokaler und regionaler Märkte. Die 1999 von FIAN und dem Kleinbauernnetzwerk La Via Campesina ins Leben gerufene globale Agrarreform-Kampagne kämpft für eine verstärkte Umsetzung von solchen armutsorientierten Agrarreformen.

Land ist ‚In'

Schon Anfang 2007 wurde vor einer neuen Welle von Landkonflikten und der Verschärfung der Landkonzentration durch den Agrartreibstoff-Boom gewarnt. Als ewige Nörgler und Schwarzseher wurde man abgetan angesichts der unendlichen Möglichkeiten und Chancen, die sich für alle aus dieser Entwicklung ergäben. Nun, weiter verschärft durch die Finanz- und Nahrungsmittelkrise, bewahrheiten sich viele der düsteren Prognosen: Der Druck auf fruchtbaren Boden ist stärker denn je und nimmt bis dato unbekannte Formen an: „Offshore Farming" wird die neue Art der Landnahme genannt, in der sich reiche Länder im Ausland riesige Flächen für die heimische Nahrungsmittel- oder Agrartreibstoffproduktion sichern (s. Artikel Seite 6). Aber auch Finanzinvestoren setzen verstärkt auf die Ressource Boden, die ihren Analysten zu Folge in einigen Ländern ‚unter Wert' zu haben ist.

Aber woher kommt das viele Land? Gibt es tatsächlich so viel fruchtbaren, ungenutzten und unbesiedelten Boden? Natürlich nicht. Langjährige Leasingverträge, Landkäufe und andere Nutzungsvereinbarungen werden über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg beschlossen. Eine selbstbestimmte Entwicklung wird unmöglich. Ihnen wird bestenfalls eine rosige Zukunft als Teil der industrialisierten Exportlandwirtschaft versprochen – ein oft gemachtes und gebrochenes Versprechen.

Der Ackerbau auf eigenem Land befähigt Kleinbauern zu Selbsternährung und eigenem Einkommen – doch wie lange noch? Foto: Mohan Dhamotharan

Nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern auch die nationale Nahrungsmittelversorgung leidet unter solchen Deals. Kaum vorstellbar aber wahr ist, dass Länder wie der Sudan, der 2008 der größte Empfänger von Nahrungsmittelhilfe des Welternährungsprogramms war, riesige Flächen besten Bodens für die Nahrungsmittelproduktion anderer Länder veräußern.

Chancen in Zeiten der Krise

Aber diese neue Brisanz birgt auch Chancen. Land ist wieder auf der internationalen Agenda. War es vor zwei Jahren noch schwierig, das Thema bei der Welternährungsorganisation FAO anzusprechen, wurde nun eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von Leitlinien zum Thema Land eingerichtet. Ziel ist es, einen international akzeptierten Rahmen zum Umgang mit Land und anderen natürlichen Ressourcen zu erstellen. Auch die EU-Arbeitsgruppe zum Thema Land, die seit 2004 nicht mehr aktiv war, wurde wieder ins Leben gerufen. Noch offen ist, wieweit die neuen landhungrigen Akteure Einfluss auf diese Prozesse nehmen und wie eine echte Partizipation der direkt Betroffenen, also der ländlichen Armuts- und Hungergruppen, umgesetzt wird. Im FAO-Prozess ist derzeit ein breiter Dialog mit regionalen Workshops vorgesehen, der auch diese Gruppen im Blick hat. Grundlage echter armutsorientierter Leitlinien müssen die Menschenrechte und besonders das Recht auf Nahrung sein.

Ein weiterer interessanter Vorstoß ist die Initiative von La Via Campesina für eine Bauernrechte-Konvention in Anlehnung an die UN-Konvention zu den Rechten von Indigenen[1]. Durch die bindende Form einer solchen Konvention erhoffen sich die KleinbäuerInnen und Landlosen insbesondere einen besseren Schutz vor Zugriffen auf ihr Land.

Insgesamt gilt es aber, bestehendes Recht und Instrumente zum Schutz vor Vertreibungen und Verbesserung des Zugangs zu Land stärker umzusetzen. Dies sind unter anderem die *FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung* (Leitlinie 8 behandelt explizit den Zugang zu Land), die *Konvention zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen* und die *ILO-Konvention 196* zu den Rechten von Indigenen.[2] Neue Instrumente können einen Beitrag dazu leisten, dürfen aber nicht von der Umsetzung abhalten.

Dringender Handlungsbedarf: Vertreibung

Der einzelne Staat und die internationale Gemeinschaft müssen den Schutz vor Vertreibungen stark verbessern. Sie sind völkerrechtlich verpflichtet, dies zu tun. Das bedeutet auch, bestehenden Zugang zu Land nicht selbst durch dubiose Verträge zu gefährden. Und da eine partizipative Flächennutzungsplanung in den meisten Ländern nicht in Sicht ist, ist es umso dringender, starke Kontroll- und Beschwerdemechanismen bei Vertreibungen zu installieren. Mit den so genannten *Kothari-Leitlinien*[3] steht ein wichtiges und bis dato kaum genutztes Instrument zur Verfügung, welches einen Maßnahmenkatalog zum besseren Schutz vor Vertreibung beinhaltet. Die Umsetzung dieser Leitlinien sollte ganz oben auf der Prioritätenliste der einzelnen Staaten und auch der Geberländer stehen, um lokale Gruppen besser vor der globalen Jagd auf Land zu schützen.

Agrarreformen fördern – alte Fehler vermeiden

Bei aller Dringlichkeit zur Durchsetzung der Schutz- und Respektpflichten dürfen jene nicht vergessen werden, denen es schon heute an Land mangelt. Das bedeutet auch, umfassende Agrarreform stärker zu fördern und sie nicht, wie beispielsweise in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, unter den Tisch fallen zu lassen (siehe Artikel Seite 7). Ein deutsches Engagement in Paraguay in diesem Bereich wäre sicherlich ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung (siehe Artikel Seite 8). Dabei lehrt uns die jüngste Entwicklung noch anderes: die Idee der Privatisierung von Land und Liberalisierung der Ländmarkte, die seit Mitte der 1990er Jahre massiv von der Weltbank beworben wird, lädt die neuen Jäger nach Land geradezu ein, sich zu nehmen, was sie begehren. Daher sollten kollektive Landnutzungsrechte und Beschränkungen bei dem Verkauf von Land in der Landpolitik viel stärker mitgedacht werden als dies aktuell der Fall ist. Sie können ein wirksamer Schutzmechanismus für marginalisierte ländliche Gruppen sein.

Der Autor ist Referent für Agrarreform bei FIAN-Deutschland.

[1] Siehe *http://www.viacampesina.org/main_en/images/stories/pdf/peasant-rights-en.pdf*

[2] Einen Zusammenstellung der wichtigsten internationalen Abkommen zum Thema Land unter: *http://www.fian.org/resources/documents/others/access-to-land-and-productive-resources/pdf*

[3] Basic principles and guidelines on development-based evictions and displacement (*http://www2.ohchr.org/english/issues/housing/docs/guidelines_en.pdf*). Benannt nach dem ehem. UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Wohnen, Miloon Kothari.

Sue Branford

Die globale Jagd nach Land für Nahrung

Land als neue Quelle für Profit – auch der Global Player Deutsche Bank spielt mit seinen Agriculture Euro Fonds hier mit. Foto: Markus Biehal

Wie im November weltweit berichtet wurde, will sich die Deawoo Logistics, ein Tochterunternehmen des südkoreanischen Mischkonzerns Deawoo Corporation, in Madagaskar die Rechte an 1,3 Millionen Hektar Farmland sichern – die Hälfte der Anbaufläche des Landes. Das Land soll zur Maisproduktion für den Rückexport nach Südkorea genutzt werden. Deawoo behauptet, dass dies Südkorea bei der Erhaltung der Nahrungssicherheit helfen würde, aber viele Koreaner sehen das anders.

In einem Interview mit der internationalen Nichtregierungsorganisation GRAIN[1] sagt Han Young Me von der Vereinigung koreanischer Bäuerinnen (Korean Women Peasants Association, KWPA): „Die Regierung sollte sich lieber Gedanken über die Sicherung der Selbstversorgung in Korea selbst machen, anstatt über Übersee-Projekte nachzudenken. Und sie sollte Seite an Seite zusammen mit den Bauern arbeiten. Doch die Regierung tut dies nicht, und in 2008 sank unser Grad der Selbstversorgung. Wenn man auf die Felder geht, sieht man, wie Bauern Teile ihrer Ernte verrotten lassen müssen, da sie keinen Markt finden, um ihre Produkte verkaufen zu können."

Was in Madagaskar geschieht ist Teil eines globalen Trends. In einem im Oktober 2008 veröffentlichten Bericht[2] beschreibt GRAIN, wie viele Nationen – China, Japan, Saudi Arabien, Kuwait und andere – auf der Suche nach fruchtbarem Land für die Produktion von Nahrungsmitteln oder Agrartreibstoffen den Globus durchforsten. Nicht nur die schiere Größenordnung der Deals erweckt Aufsehen – manche betreffen mehr als 400.000 Hektar Ackerland –, sondern auch die den Transaktionen zu Grunde liegende Logik. Denn dieses Land wird nicht in erster Linie erworben, um Nahrungsmittel am Weltmarkt zu verkaufen oder die lokale Bevölkerung zu ernähren. Diese Ernten sollen an die Nation, die das Land erworben hat, zurückgeschickt werden. Indem sie ihre wirtschaftliche Schlagkraft benutzt, übernimmt die investierende Nation das Land und mit ihm die Fruchtbarkeit des Bodens und das Wasser, das zur Kultivierung der Felder nötig ist – damit die Menschen zu Hause Nahrung zum Essen und Treibstoff für ihre Autos haben. Dies ist eine moderne Version des ‚Wettlaufs um Afrika' im 19. Jahrhundert.

Es ist nicht schwer zu erkennen, was diese Jagd nach Land antreibt. Weitgehend entstammt sie der globalen Finanzkrise, mit der die weltweite Nahrungsmittelkrise verbunden ist. Zwei parallele Konzepte treiben dieses Jagdfieber an. Zum einen die Nahrungsmittelsicherheit: Eine Reihe von Ländern, die von Nahrungsmittelimporten abhängen und sich über weniger Angebot auf dem Weltmarkt sorgen, versuchen, ihre heimische Nahrungsmittelproduktion mittels Kontrolle über Farmen in anderen Ländern auszulagern. Saudi Arabien, Japan, China, Korea, Libyen und Ägypten fallen alle in diese Kategorie. Seit März 2008 sind hochrangige Beamte auf diplomatischer Schatzsuche nach fruchtbarem Ackerland in Ländern wie Uganda, Brasilien, Kambodscha, Sudan und Pakistan. Zum anderen winken finanzielle Erträge. Durch die aktuelle finanzielle Kernschmelze wenden sich die unterschiedlichsten Akteuren aus der Finanz- und Nahrungsmittelindustrie (Rentenversicherungsunternehmen, private Aktienfonds auf der Suche nach schnellem Gewinn, durch den nun eingebrochenen Markt für Derivate angetriebene Hedgefonds oder Getreidehändler auf der Suche nach neuen Wachstumsstrategien) dem Land als eine neue Quelle für Profit zu – für die Nahrungsmittel- wie auch die Treibstoffproduktion.

Obwohl die Motive unterschiedlich sein mögen, die Richtung, welche diese Entwicklung vorgibt, ist die gleiche: ausländische Privatunternehmen erhalten eine neue Art der Kontrolle über Ackerland, um Nahrungsmittel nicht für die lokalen Gemeinden zu produzieren, sondern für irgendjemand anderen. Wer sagt da, dass Kolonialismus der Vergangenheit angehört?

Was hat das alles zu bedeutet?

Als eine offensichtliche Konsequenz der globalen Jagd nach Land werden Arbeiter, Bauern und lokale Gemeinden unweigerlich den Zugang zu Land für ihre eigene Nahrungsmittelproduktion verlieren. Die Grundvoraussetzung zur Bildung von Ernährungssouveränität wird einfach verhökert. Und es geht dabei nicht nur um die fragwürdige Entwicklung, Fremden die Kontrolle über das eigene Ackerland zu geben. Es geht auch um die Umstrukturierung des landwirtschaftlichen Sektors an sich. Diese Landflächen werden von kleinbäuerlichen Farmen, Wäldern oder was auch immer in große, mit weit entfernten Märkten verbundene Industrieareale umgewandelt. Bauern werden nie mehr wieder wirklich Bauern sein, Job hin oder her.

Die Autorin Mitarbeiter der Nichtgerierungsorganisation GRAIN.

[1] Interview mit Han Young Me, Chief of Policy, Korean Women Peasants Association (KWPA) Daegu, South Korea, 4 December 2008, verfügbar als Transkript und in Audio. *http://www.grain.org/videos/?id=194*

[2] GRAIN Briefing, Seized: The 2008 land grab for food and fnancial security, mit einer Liste im Anhang von über 100 Fällen von Landnahme für ausgelagerte Nahrungsmittelproduktion, Oktober 2008. *http://www.grain.org/briefings/?id=212*

Roman Herre

Die Land-Manager

Landpolitik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Gemessen an den absoluten Zahlen ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der fünftgrößte Akteur der Welt. Man könnte meinen, dass damit auch die Unterstützung für Agrarreformen ein wichtiger Teil deren Arbeit ist. Jedoch weit gefehlt. Die deutsche EZ hat sich in der Landpolitik auf administrative und technische Aufgaben spezialisiert. Umfassende Agrarreformen und die Umverteilung von Land – also das aktive Schaffen von Zugang zu Land für hungernde ländliche Gruppen – ist für die deutsche EZ kein Instrument der Landpolitik.

Alle Theorie ist Grau

Das übergeordnete Ziel der Armutsbekämpfung gilt auch für den Bereich der Landpolitik. Die Frage ist nur, wann Landpolitik armutsmindernd ist. Die theoretischen Handlungsgrundlagen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sind diesbezüglich klar, wie die aktuelle Studie *Managing Land – Germany's Role in Bilateral Land Policies* aufzeigt. Am Recht auf Nahrung ausgerichtete Agrarreformen sind ein wichtiges Instrument zur Hunger- und Armutsbekämpfung. Die Dokumente und Referenzpapiere, an denen sich die EZ ausrichtet, stellen unter anderem drei Themen heraus:

1. Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Nahrung als normativer Rahmen,
2. eine sozial verträgliche Verteilung von Land und das Instrument der Umverteilung sowie
3. die zielgenaue Ausrichtung von Programmen an ländlichen Hunger- und Armutsgruppen durch deren aktive Einbindung und Partizipation.

Dies unterstreichen beispielsweise der Aktionsplan 2015 der Bundesregierung oder das EU-Referenzpapier für Landpolitik (*EU Land Policy Guidelines*). Auch die *FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung*, deren Erarbeitung Deutschland stark unterstützt hat, halten dies fest. Soweit der theoretische Rahmen – so gut.

Der Praxistest

Insgesamt ist die deutsche EZ im Bereich Landpolitik in über 20 Ländern tätig. Die meisten Projekte laufen unter der Rubrik „Landadministration und Landmanagement". Darunter fallen alle technischen Bereiche wie Katasterwesen, Landmärkte, die Registrierung von Landtiteln und der Aufbau und die Beratung entsprechender Behörden – alles wichtige Teilaspekte im Bereich Landpolitik. Einzig der Bezug zu den oben genannten Punkten ist nicht oder nur teilweise gegeben. Dies unterstreichen auch die in der Studie untersuchten Projektbeispiele Ghana und Namibia. In der Landreform Namibias ist zwar auch eine Umverteilungskomponente vorhanden, aber die deutsche EZ zieht sich auch hier auf die Errichtung von Registrierungssystemen, so genannten Landboards zurück.

Einzig auf den Philippinen hat sich die deutsche EZ aktiv an der Zuteilung von Land für Pächter und KleinbäuerInnen im Rahmen der dortigen Agrarreform beteiligt. Die dortige Unterstützung geschah in enger Kooperation mit lokalen Gruppen und wird immer wieder als das Vorzeigebeispiel im Bereich Agrarreformen präsentiert. Leider war es auch das einzige Projekt. Es wurde vor sechs Jahren abrupt eingestellt.

Landpolitik entkernt – der Versuch der Entpolitisierung eines politischen Themas?

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die deutsche Landpolitik auf technische Aufgaben zurückzieht, die gerne als unpolitisch, ‚neutral' und damit besser durchsetzbar erachtet werden. Dies ist allerdings eine Fehleinschätzung. Denn gerade für die marginalisierten Gruppen ist es oft viel schwieriger, ihr Land registrieren zu lassen. Oft fehlen ihnen grundlegende Informationen oder das Geld für einen Landtitel. Zudem können Landtitel-Programme ohne Umverteilung vorhandene Landbesitzstrukturen verfestigen, was in Ländern mit hoher Landkonzentration einer behördlichen Absegnung vorhandener Armutsstrukturen gleich kommt.

Die aktive Beteiligung der deutschen EZ bei der Agrarreform in den Philippinen wurde vor sechs Jahren abrupt eingestellt.

Der Anspruch der deutschen EZ, Landpolitik zur Armuts- und Hungerbekämpfung mitzugestalten, ohne dabei umfassende Agrarreformen mit ins Kalkül zu nehmen, ist nicht umsetzbar. Ein gerechter und sozial verträglicher Zugang zu Land und eine echte Partizipation von Hunger- und Armutsgruppen sind politische Themen, die keine ernst gemeinte Landpolitik ausklammern kann.

Der Autor ist Agrarreform-Referent bei FIAN-Deutschland.

Die Studie *Managing Land – Germany's Role in Bilateral Land Policies* erscheint im Rahmen der Land Policies Series des Transantional Institutes und ist ab Mitte März dort erhältlich, *www.tni.org*.

Jürgen Stahn

Indigenenland in deutscher Hand

Ein Interview mit Eriberto Américo Ayala

In Paraguay wurde insbesondere während der 35-jährigen Diktatur des deutschstämmigen Alfredo Stroessner (1954-1998) Land an Deutsche verkauft. Ob es sich dabei um bewohntes Territorium indigener Gemeinden handelte, war damals ohne Bedeutung. Mehr noch, die dortige Bevölkerung wurde direkt als kostenlose Arbeitskraft miterworben. 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur besucht Eriberto Américo Ayala von der Indigenengemeinschaft der Sawhoyamaxa aus dem Volk der Enxet Deutschland. Auch das Land der Sawhoyamaxa wird von einem deutschen Staatsbürger beansprucht. Besonders brisant: die Rückgabe des Territoriums scheiterte unter anderem an einem Investitionsschutzabommen zwischen Deutschland und Paraguay.

Paraguay, 2006: Militärs brennen die notdürftigen Behausungen vertriebener Indigener nieder.

Frage: *Warum bist Du nach Europa gereist? Welche Erwartungen hattest und hast Du?*

Eriberto: Ich bin mit dem Ziel nach Europa gereist, um über die aktuelle Situation meiner Gemeinschaft zu informieren, die seit etwa 10 Jahren am Rande der Überlandstraße Concepción – Pozo Colorado im paraguayischen Chaco lebt.
Ich möchte über die Hindernisse und Schwierigkeiten der Gemeinschaft bei dem Versuch berichten, auf das ihr nach Verfassung und Gesetzgebung Paraguays, nach der ILO-Konvention 169 und nach dem Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes von 2006 zustehende Territorium zurückzukehren.
Der paraguayische Staat versucht, die Menschenrechtsverletzungen mit dem zwischen Paraguay und Deutschland abgeschlossenen Investititonsschutzabkommen zu rechtfertigen. Durch diese Haltung verletzt der Staat zahlreiche Menschenrechte, wie das Recht auf Nahrung. Die Angehörigen der Gemeinschaft können keine Nahrungsmittel anbauen, sie haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, sie können nicht entsprechend ihren Traditionen leben.

Frage: *Welche Informationen und Eindrücke nimmst Du mit?*

Eriberto: Ich habe gesehen, wie FIAN und andere unseren Fall voranbringen, wie sie sich einsetzen. Ich habe erfahren, dass die deutsche Regierung die paraguayische schon mehrfach darauf hingewiesen hat, dass von diesem Vertrag keine Hindernisse für die Enteignung von Land gegen Entschädigung ausgehen. Auch im Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) wurde mir das bestätigt. Zu meiner Freude wurde mir im BMZ gesagt, dass Möglichkeiten geprüft würden, indigene Völker Paraguays bei der Stärkung ihrer Organisationen zu unterstützen, damit diese sich wirksamer für die Verbesserung ihrer Lage einsetzen können.

Frage: *Welche Schritte wirst Du nach Deiner Rückkehr unternehmen?*

Eriberto: Zunächst werde ich meine Gemeinschaft informieren. Dann werde ich versuchen, mit verschiedenen Personen und Organisationen Kontakt aufzunehmen, damit wir der Lösung der Probleme näher kommen:

1. mit dem INDI, dem Institut für Indigene Angelegenheiten,
2. mit dem INDERT, Institut für Ländliche Entwicklung und Land,
3. möchte ich mit Senator Sixto Pereira von der Alianza Patriótica para el Cambio über das für die Enteignung des von uns beanspruchten Landes erforderliche Gesetz sprechen,
4. schließlich möchte ich mit Präsident Fernando Lugo sprechen und ihn bitten, eine Gesetzesvorlage für die Enteignung an den Kongress zu schicken.
5. Eine interinstitutionelle Gruppe zur Behandlung des Falles Sawhoyamaxa muss ins Leben gerufen werden. Der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof muss beteiligt werden. Bis heute fühlt sich in meinem Land niemand richtig für den Fall zuständig.
6. Wenn alle diese Gespräche nichts nützen sollten, werde ich mich um die Organisation von Demonstrationen und Protestaktionen kümmern.

Eriberto, vielen Dank für das Gespräch.

Der Autor ist in der FIAN-Gruppe Hamburg aktiv und führte das Interview am 7. Dezember 2008.

Lisa Lenz

Sand im Getriebe

Kambodscha ist eines der ärmsten Länder der Welt. 80 Prozent der Bewohner bestreiten ihr Einkommen aus Landwirtschaft oder Fischerei. So wie die Fischer der Gemeinde Boeung Touk in der Provinz Kampot im Süden Kambodschas. Hier leben neun von zehn Menschen von der Fischerei. Die Regierung in Phnom Penh möchte hingegen mit so genannten Sonderwirtschaftszonen für Entwicklung sorgen.

Auf 1.000 Hektar soll die Kampot Special Economic Zone (SEZ) mit neuem Hafen, Fabrikgelände, Wohnkomplexen sowie einem öffentlichen Park entstehen. Das neue Gelände wird drei Kilometer weit ins Meer hinausragen, die Mangrovenwälder werden mit Sand aufgeschüttet. Die Fischer verlieren ihren Zugang zum Meer. Der Fisch- und Meerestierbestand wird durch die Zerstörung des fragilen Ökosystems Mangrove rapide abnehmen. Ein privater Investor hat den Fischern im Gegenzug Arbeitsplätze versprochen, doch wie viele Menschen in der SEZ tatsächlich angestellt werden können, bleibt völlig vage. Der Verlust des Lebensunterhalts für alle anderen ist jedoch gewiss.

Die Fischer von Boeung Touk blockieren daher die Aufschüttung mit Sitzstreiks und verlangen die gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Entschädigungen. Denn die Implementierung von geltendem Recht, wozu laut kambodschanischer Verfassung auch die Einhaltung der WSK-Rechte zählt, ist wie so oft die Achillesferse im Zugang zu Land. Ziele des Landgesetzes von 2001 waren Armutsbekämpfung und Rechtssicherheit. Es besagt, dass jeder, der fünf Jahre unangefochten auf einem Stück Land gelebt hat, einen rechtmäßigen Anspruch hat und einen Landtitel erhalten soll. Die kambodschanische Regierung legte damals – unter anderem mit Unterstützung aus Deutschland – ein über 15 Jahre angelegtes Programm auf, um diese Landtitel auszugeben. Bis Ende 2007 waren über eine Million Grundstücke registriert.

Neben der historisch bedingten erschwerten Dokumentation von Besitzansprüchen konzentrierte sich die systematische Landregistrierung zudem bislang auf unproblematische Regionen außerhalb von Ballungszentren und attraktiven Anbaugebieten. Derweil stiegen vor allem in der Hauptstadt Phnom Penh die Grundstückswerte durch Spekulation und Bauboom in astronomische Höhen. Slumbewohner, die seit den frühen 80er Jahren dort leben und somit eigentlich Anspruch auf ihr Land haben, werden zu Tausenden zwangsumgesiedelt.

Ein Schicksal, das seit August 2008 auch den Anwohnern des Boeng Kok Sees im Norden Phnom Penhs droht. Auch hier ist Sand im Spiel: seit dem 25. August 2008 wird der See damit aufgeschüttet, um Platz für ein großes Investitionsprojekt zu schaffen. Der Investor und die Stadtverwaltung bieten zwar eine Entschädigung an, doch diese liegt weit unter dem Marktwert. Alternativ sollen die Betroffenen außerhalb der Hauptstadt umgesiedelt werden. Ihren Lebensunterhalt verdienen sie jedoch am See und befürchten berechtigt, dass ein Umzug den Verlust ihres Einkommens bedeutet. Frühere Umsiedlungen bestätigen diese Sorge. Die Bewohner des Slums entlang des Bassac-Flusses wurden im Jahre 2006 rund 30 Kilometer weit vom Stadtzentrum entfernt in einem Reisfeld ohne jegliche Infrastruktur ausgesetzt; ihre bisherigen Arbeitsplätze waren unerreichbar. Noch heute hausen Tausende von Menschen in Behelfsunterkünften und sind auf die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen angewiesen.

Für die Fischerinnen kommt der Lebensunterhalt aus dem Wasser – sie fürchten nun um ihr Einkommen.

Auch der Blick in die Zukunft ist alles andere als rosig: Waren in 2005 mehr als sechs Prozent der Bevölkerung von Landkonflikten betroffen, so geht man für 2008/2009 von bis zu zehn Prozent aus. Das heißt: 140.000 KambodschanerInnen sind bereits von ihrem Land vertrieben worden oder von Vertreibung bedroht.

Im Mai 2009 wird sich die kambodschanische Regierung daher vor dem Ausschuss des WSK-Pakts in Genf kritischen Fragen zur Landfrage und mangelnden Umsetzung der entsprechenden Gesetze stellen müssen. Nachdem die Regierung mit 15 Jahren Verspätung ihren ersten Staatenbericht abgab, arbeitet die kambodschanische Zivilgesellschaft an ihrem Parallelbericht. Viele Nichtregierungsorganisationen hoffen, dass die Anhörung vor dem internationalen Gremium die Gebernationen wachrütteln wird, welche für die Hälfte des kambodschanischen Staatsaushaltes aufkommen. Von ihnen müsste mehr Druck kommen, damit Kambodscha nicht nur seiner Berichtspflicht auf dem Papier nachkommt, sondern auch den politischen Willen aufbringt, seinen Bewohnern den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen real zu sichern.

Die Autorin ist für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Kambodscha und arbeitet mit Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Zugang zu Land einsetzen.

Theodor Rathgeber

Landrechte der Adivasi in Indien

Der kulturelle und soziale Bestand der Adivasi steht auf der Kippe

Protest gegen den Polavaram-Staudamm Foto: Andheri-Hilfe Bonn

Der Großteil der Adivasi in Indien lebt nach wie vor auf dem Land (rund 90 Prozent der etwa 80 Millionen). Frühe Formen des Ackerbaus, Weidwirtschaft, Jagd sowie die Nutzung des Waldes gehören heute noch zum geläufigen Repertoire der Nahrungs- und Existenzsicherung vieler Adivasi-Gemeinschaften. So ist das saisonale Wechselspiel zwischen Land- und Waldnutzung entscheidend für den ausreichenden Speiseplan und kleinere Mengen an Gütern für den Markt, wie etwa Waldfrüchte oder Feuerholz. Der historisch gewachsene, ungehinderte Zugang zu Land, Wald und Wasser stellt die zentrale Voraussetzung für eine Entwicklung der Adivasi dar, die eigenen Maßstäben folgt, und die eine relativ selbstbestimmte Weiterentwicklung unter Einbeziehung der jeweiligen Naturreligion ermöglicht.

Diesen Zusammenhängen versucht die indische Verfassung einigermaßen Rechnung zu tragen. Insbesondere der fünfte Anhang zur Verfassung (*Fifth Schedule*; Artikel 244.1) markiert für Landübertragung und Fremdnutzung in den für Adivasi (scheduled tribes) ausgewiesenen Gebieten (scheduled areas) enge Grenzen. Nur in Ausnahmefällen und auf der Grundlage eines Gesetzes kann de jure Adivasi-Land enteignet werden. Mit der Einrichtung der Panchayats im Jahr 1996 – ein Gremium der traditionellen Selbstverwaltung – wurde die formaljuristische Eigenständigkeit der Adivasi-Gemeinschaften zusätzlich gestärkt. Jegliche fremde Nutzungsabsicht auf den registrierten Territorien ist an die Zustimmung der Dorfversammlung (Gram Sabha) gebunden. Das seit 2008 gültige Forstgesetz ermöglicht umgekehrt die subsistenzwirtschaftliche Nutzung des Waldes für Adivasi und andere angestammte, lokale Bevölkerungsgruppen auch in Wildreservaten und Naturparks, für die ansonsten strenge Nutzungsverbote herrschen.

Wie so häufig in Indien klafft jedoch zwischen rechtlichem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit eine ziemlich große Lücke. Nicht in allen Bundesstaaten gelten die Bestimmungen der Fifth Schedule, nicht alle Adivasi-Völker sind im rechtlichen Sinne registriert (scheduled), das Verbot der Landübereignung an Nicht-Adivasi wird durch Hypothekengeschäfte umgangen, und was ein angemessener Ausgleich für die von vielen Adivasi nach wie vor als ‚beseelt' empfundenen Natur sein kann, wird regierungsamtlich kaum diskutiert. Das Fundament der Landrechte der Adivasi ist schon im formalrechtlichen Bereich an entscheidenden Stellen brüchig.

Darüber hinaus setzen Landraub, Vertreibung, manipulierte oder gekaufte Entscheidungen der Dorfräte faktisch viele der Rechte außer Kraft. Im Zuge von Bergbau, Staudämmen, Industrialisierungsprojekten, Plantagen oder Nationalparks sind rund 20 Millionen von Adivasi vertrieben worden; einige davon mehrfach. Nur rund ein Viertel erhielt eine angemessene Entschädigung. Wer die Konflikte und den Widerstand um den Narmada-Staudammkomplex, das Polavaram-Staudammprojekt, die Pläne für Megastaudämme im Nordosten Indiens oder die Industrieansiedlungsprojekte und Neueinrichtungen von Naturparks verfolgt, weiß, dass die Rechtsansprüche der Adivasi bis heute im Zweifelsfall nicht garantiert werden. Der indischen Mainstream empfindet die Adivasi und ihre Landrechte als Hindernis für eine moderne Entwicklung Indiens.

Die Bilanzierung der Adivasi-Landrechte kommt daher zu eher dramatischen Schlussfolgerungen: die Zerstörung vieler Adivasi-Existenzen konnte nicht aufgehalten werden. Leider wird Indiens herrschende Entwicklungspolitik auch von Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland gestützt. Dies ist dann auch eine zentrale Forderung von Adivasi-Repräsentanten gegenüber dem Ausland: international kontrollierte Streitschlichtungsverfahren einzurichten und zu fördern, wie sie etwa durch die *ILO-Konvention 169* oder durch die praktische Umsetzung der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker auch in Asien möglich sind. So sollte es Verträglichkeitsstudien geben, die die Adivasi in die Entscheidungen von Anfang an mit einbeziehen und deren menschenrechtliche Grundstandards berücksichtigen. Andernfalls sind wir von faktisch garantierten Landrechten der Adivasi in Indien weit entfernt.

Der Autor ist Geschäftsführer der Adivasi-Koordination.

Uwe Hoering

Agrarreform in China

Mitte Oktober 2008 verabschiedete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas einen Reformvorschlag, der den Bauern erlaubt, ihre Landnutzungsrechte abzutreten, etwa durch Verpachtung. Triebkräfte hinter dieser Reform sind die wachsende Ungleichheit zwischen Stadt und Land, die verbreiteten Bauernproteste und die Notwendigkeit, Chinas Landwirtschaft zu modernisieren.

Mit einer Landreform begann vor 30 Jahren Chinas Marsch in die wirtschaftliche Liberalisierung. 1978 ordnete der damalige Parteichef Deng Xiaoping an, dass die dörflichen Kommunen jedem Haushalt ein Stückchen Land zur Verfügung stellen sollten. Die Familien durften selbst entscheiden, was sie anbauten, und einen Teil des Ertrages verkaufen. Inzwischen werden nahezu alle Agrarprodukte privat vermarktet. Dieses „Haushalts-Vertragssystem" steigerte die Produktivität der Familienbetriebe deutlich, bis 1984 wuchsen ihre Einkommen im Schnitt um 15 Prozent im Jahr.

1984 markiert den Beginn der exportorientierten Industrialisierung und der Vernachlässigung ländlicher Gebiete. Der Bau von Industriegebieten, Einkaufszentren und Wohnblöcken hat zu einer dramatischen Verringerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche geführt. Die bereits kleinen Äcker der Familienbetriebe sind heute auf im Schnitt weniger als einen halben Hektar reduziert. Nach dem anfänglichen Produktivitätsschub in den 1980er Jahren stagnierte die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln. Steigende Einfuhren, insbesondere von Getreide, Soja und Speiseöl, bedrohten die Ernährungssicherheit. Die Einhaltung des offiziellen Ziels, nicht mehr als fünf Prozent der benötigten Nahrungsmittel zu importieren, ist gefährdet. Dabei unterstreichen die jüngsten spekulativen Preissteigerungen eindrucksvoll die Gefahren einer übermäßigen Abhängigkeit vom schwankenden Weltmarkt.

Bäuerinnen auf dem Weg zum Markt Foto: Jeannette Schade

Regierung reagiert auf Bauernproteste

Die im Oktober 2008 beschlossene Reform ist nicht zuletzt eine Antwort auf die zahlreichen Proteste von Bauern gegen die Beschlagnahme von Land durch Kader und Beamte für Bodenspekulation und oftmals fragwürdige Entwicklungsprojekte, meist ohne ausreichende Entschädigung. Die Reform soll ihnen größere Sicherheiten geben wie zum Beispiel eine garantierte Pachtzeit von mindestens 30 Jahren. Theoretisch können Bauern zudem von steigenden Landpreisen profitieren, indem sie ihr Land weiter verpachten, etwa wenn sie auf Arbeitssuche in die Städte abwandern. Privateigentum an Land soll es auch in Zukunft nicht geben. Weiterhin soll Land entweder dem Staat oder den Dorfkollektiven gehört. Auch schließt sie explizit eine Nutzungsveränderung aus, um die verbliebene landwirtschaftliche Nutzfläche gegen weitere Einschränkung durch Spekulation, Urbanisierung und Industrien zu verteidigen.

Rund 700 Millionen Menschen, etwa die Hälfte der chinesischen Bevölkerung, leben nach wie vor zumindest teilweise von der Landwirtschaft, die oft Subsistenzproduktion ist. Der Staat hofft nun, durch die neue Landpolitik, durch höhere staatliche Aufkaufpreise für Getreide und durch die Subventionierung von Dünger und Infrastruktur das wachsende Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land zu verringern. Bis 2020 soll sich das ländliche Pro-Kopf-Einkommen von gegenwärtig etwa 590 US-Dollar/350 Euro im Jahr verdoppeln. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Maßnahmen helfen, die Inlandsnachfrage zu stärken und durch ein höheres Angebot von Agrarprodukten die Inflation zu bremsen. Damit könnte China die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise und der Rezession in wichtigen Exportmärkten besser abfedern.

Verdrängungsgefahr bleibt

Allerdings ist es fraglich, ob die Reform ausreichen wird, um lokale Machthaber von der Bodenspekulation auszuschließen. Nach wie vor haben die Dorfkomitees, die überwiegend von Parteivertretern dominiert werden, erheblichen Einfluss auf die Landzuteilung und die Übertragung von Nutzungsrechten. Darüber hinaus warnen selbst parteiinterne Kritiker davor, dass die Reform Bauern dazu verführen könnte, ihre Nutzungsrechte leichtfertig und billig abzugeben. Damit würden Millionen landloser Arbeiter geschaffen. Bislang ist der eigene Acker für viele der bis zu 200 Millionen ArbeitsmigrantInnen eine Sicherheit, auf die sie sich zurückziehen können, wenn die niedrigen Löhne, die miserablen Arbeitsbedingungen oder Entlassungen sie zwingen, in die Dörfer zurück zu gehen. Die gegenwärtige Krise, die voll auf diese Arbeiterinnen und Arbeiter durchschlägt, zeigt, wie notwendig das ist.

Der Autor ist freier Journalist.

Armin Paasch

Recht auf Nahrung im Auftrieb?

Welternährungskonferenz in Madrid

Die Welternährungskonferenz am 26. und 27. Januar in Madrid hat entgegen der ursprünglichen Zielsetzung keinen Fahrplan zur Beseitigung des Hungers verabschiedet. Dieses Schneckentempo ist vor dem Hintergrund der rasant steigenden Anzahl der Hungernden eine Zumutung. Positiv bewertet FIAN jedoch die Betonung des Rechts auf Nahrung und entsprechender Kontrollmechanismen in der Abschlussrede von UN-Ge-neralsekretär Ban Ki-moon. Deutlich wurde in Madrid auch, dass die UNO bei der Hungerbekämpfung eine Schlüsselrolle spielen muss.

Zu dem High Level Meeting on Food Security for All hatten UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und der spanische Ministerpräsident José Luis Zapatero die Regierungen aus aller Welt eingeladen. In der Ankündigung hatten sie erklärt, dass das Recht auf Nahrung Ausgangspunkt des Gipfeltreffens und der daraus folgenden neuen Strategien sei. Offizielles Ziel war ein „Fahrplan zur Beseitigung des Hungers und zur Ernährungssicherheit für alle". Auf Anregung der G8 sollte zudem eine „Globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit" initiiert werden, welche die Maßnahmen zur Hungerbekämpfung koordinieren soll. Für FIAN-International nahm Generalsekretär Flavio Valente am 26. Januar in Madrid an einem Runden Tisch mit FAO-Generaldirektor Jacques Diouf, der Direktorin des Welternährungsprogramms (WFP) Josette Sheeran und dem EU-Entwicklungskommissar Louis Michel teil.

G8-Initiative zunächst ausgebremst

Mit großer Skepsis und Widerstand reagierten zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch UN-Organisationen sowie Regierungen Lateinamerikas auf den G8-Vorschlag der Globalen Partnerschaft. „Wir befürchten, dass die UNO in einer solchen Partnerschaft durch die Weltbank, den IWF und die Privatwirtschaft an den Rand gedrängt würden", so Flavio Valente. Nach den Vorstellungen der G8 würden erstmals auch große Unternehmen der Ernährungsindustrie in die Beratungen über politische Maßnahmen gegen den Hunger mit einbezogen. „Gewählte Regierungen müssen bei der internationalen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik das Sagen haben. Unternehmen verfolgen eigene Profitinteressen und sind aus Sicht des Rechts auf Nahrung schlechte Ratgeber." Entgegen den ursprünglichen Planungen wurde die Globale Partnerschaft aufgrund des Widerstands in Madrid zunächst nicht initiiert, sondern lediglich breite Konsultationen angekündigt. „Madrid kann als Sieg derjenigen angesehen werden, die eine Stärkung der multilateralen Steuerung des globalen Nahrungs- und Landwirtschaftssystems auf Basis des Menschenrechts auf Nahrung wollen", bilanzierte Flavio Valente nach der Konferenz.

Recht auf Nahrung als dritter Pfeiler der Hungerbekämpfung anerkannt

Als Erfolg verbuchten die VertreterInnen der Zivilgesellschaft auch die Anerkennung des Rechts auf Nahrung in der Abschlussrede von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon: „Wir müssen weiterhin dem akuten Hunger und humanitären Krisen mit Nahrungshilfe begegnen und gleichzeitig unseren Schwerpunkt auf die Verbesserung der Nahrungsproduktion und kleinbäuerlichen Landwirtschaft legen. Das ist die Doppelstrategie unseres Rahmenaktionsplans (CFA) (vgl. *FoodFirst* 3/2008 S.11). Wir sollten bereit sein, einen dritten Pfeiler hinzuzufügen – das Recht auf Nahrung – als Basis für Analysen, Aktionen und Rechenschaft."

NRO und Hilfswerke wie Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst und FIAN begrüßten diese Anerkennung als einen wichtigen Meilenstein. Auch Olivier de Schutter erklärte, dass Madrid möglicherweise „als ein wichtiger Beitrag zur vollen Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung in Erinnerung bleiben" werde. Allerdings mahnte er, das Recht auf Nahrung dürfe nicht als „bloßer Slogan ohne tatsächliche Wirkung auf die aktuellen Anstrengungen der Staatengemeinschaft" verkommen.

Damit dies nicht geschieht, fordert De Schutter vier konkrete operationelle Konsequenzen:

1. die Entwicklung von nationalen Strategien zur Umsetzung der *FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung*;
2. eine andere Handelspolitik, die ärmeren Ländern mehr Schutzmöglichkeiten vor Billigimporten einräumt und keine Anreize zu einer einseitigen Exportorientierung schafft;
3. die Durchsetzung von Mindestlöhnen und anderen Arbeitsrechten in der Landwirtschaft und
4. eine Stärkung der Landrechte von marginalisierten Bäuerinnen und Bauern gegenüber Investoren und Landspekulanten sowie die Durchführung von Landreformen.

Der Autor ist Welthandelsreferent von FIAN-Deutschland.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

54

Energie und Klima

Neues Energieregime; Industrialisierung und CO_2; Agrotreibstoffe contra Ernährungssouveränität; Klima-Kapitalismus der EU; Solarzeitalter und Erneuerbare Energien; Mobilitätswahn; 2000-Watt-Gesellschaft; Grüne und ökologische Politik; Nachhaltige Natur- und Geschlechterverhältnisse

E. Altvater, P. Niggli, T. Goethe, A. Brunnengräber, K. Dietz, H. Scheer, H. Guggenbühl, B. Ringger, S. Wolf, B. Piller, A. Braunwalder, B. Glättli, B. Flieger, H. Klemisch, A. Biesecker, S. Hofmeister, T. Santarius

Diskussion

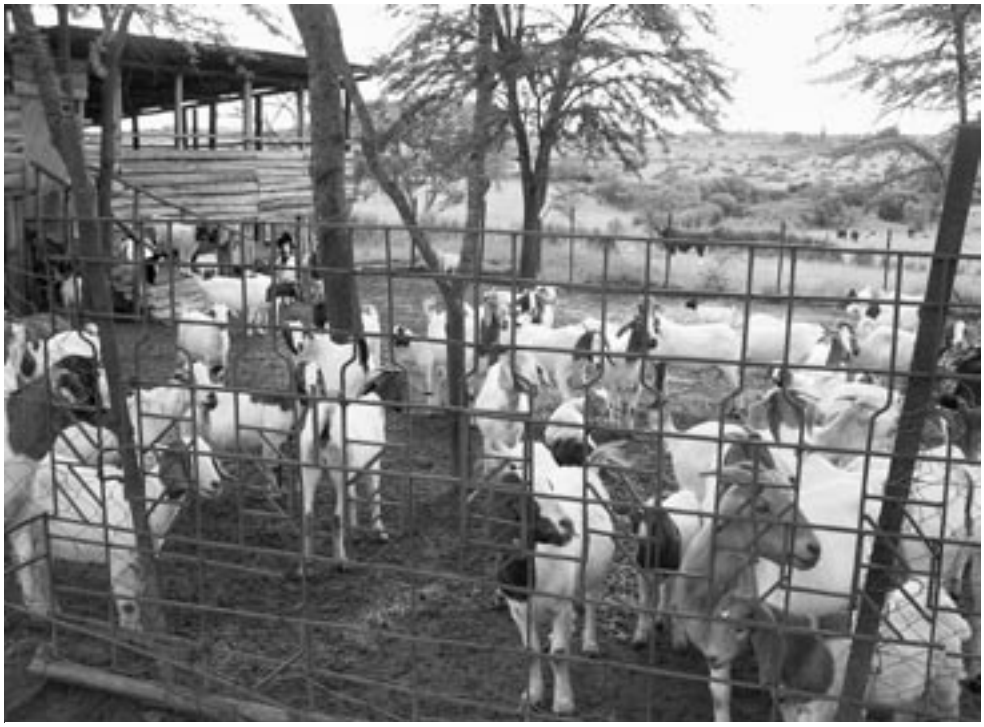
U. Brand: Sozial-ökologische Perspektiven
BUKO: Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist da
R. Schäfer: Afrika, Frauen, Nachhaltigkeit
B. Kern: Ökosozialismus oder Barbarei
P. Purtschert: Postkoloniale Diskurse in der Schweiz

224 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Anzeige

Anita Idel

Weltagrarbericht fordert radikalen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft



Die Industrialisierung der Landwirtschaft macht letztlich arbeitslos. Kleinbäuerliche Betriebe wie hier eine Ziegenwirtschaft in Uganda ermöglichen den Bauern ein eigenes Einkommen.

Über drei Jahre haben mehr als 500 WissenschaftlerInnen an dem Internationalen Agrarbericht gearbeitet. Ihr Fazit: ‚Business as usual' ist keine Option: Um Armut und Hunger zu bekämpfen und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, muss die Rolle der Kleinbauern gestärkt werden. 58 Staaten haben den Bericht schon unterzeichnet. Deutschland steht noch aus.

Unterstützt und finanziert wurde das *International Assessment of Agriculture Science and Technology for Development* (IAASTD) von mehreren UN-Organisationen, zehn OECD-Regierungen, der Weltbank sowie der EU. Die Koordination oblag 30 Regierungs- und 30 Nichtregierungsvertretern – darunter auch Monsanto und BASF. Sie bestimmten einvernehmlich die AutorInnen, die – als Privatperson – die komplexe Frage bearbeiten sollten: Wie können vor dem Hintergrund von Bevölkerungswachstum, Nachfragezuwachs, der Schrumpfung natürlicher Ressourcen sowie Klimawandel am besten Hunger und Armut vermindert, die Ernährungs- und Gesundheitssituation im ländlichen Raum verbessert und eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden?

Industrielle Landwirtschaft bietet keine Perspektive

Die WissenschaftlerInnen räumen auf mit dem Klischee, nur industrielle Landwirtschaft ermögliche Produktionssteigerungen. Ihr Fazit für die Landwirtschaftspolitik der vergangenen 50 Jahre lautet: Zwar haben Mineraldünger, Pestizide und Monokulturen Produktivitätssteigerungen erbracht, dabei jedoch die ökologischen und sozioökonomischen Probleme verschärft. Die Industrialisierung der Landwirtschaft macht land- und letztlich arbeitslos. Landflucht erhöht die Zahl der TagelöhnerInnen in den Städten und trägt hier wie dort zu sozialer Erosion bei. Auch die Ökobilanz ist verheerend: Vergeudung, Verschmutzung und Vernichtung von Ressourcen – vor allem Boden, Wasser, genetische Ressourcen und Luft. Verschärft wird diese Entwicklung durch die Agro-Gentechnik. Syngenta, Monsanto und BASF stiegen Anfang 2008 aus dem IAASTD-Prozess aus, nachdem sie die kritische Bewertung der gemeinsam (!) erarbeiteten Ergebnisse nicht mehr zu verhindern wussten.

Potenziale und Perspektiven kleinbäuerlicher Landwirtschaft

Obwohl ihre Förderung seit Jahrzehnten vernachlässigt wird, produzieren Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit den Großteil der Ernten und stellen die größte Anzahl an DienstleisterInnen für die Umwelt und damit auch für die Erhaltung und Entwicklung der Agrobiodiversität. Ihre Potenziale für nachhaltige Produktivitätssteigerungen, Armutsverringerung, ökonomisches Wachstum sowie die Anpassung an den Klimawandel sind ungleich höher als in der industriellen Landwirtschaft.

Eine besondere Bedeutung muss dabei den Frauen zukommen. Sie leisten den überwiegenden Teil der landwirtschaftlichen Arbeit, sind aber bisher kaum Zielgruppe agrarwissenschaftlicher Ausbildung und Forschung – im Norden wie im Süden. Notwendig ist eine Integration der verschiedenen Wissenssysteme – lokales und traditionelles Wissen – sowie die Erkenntnisse moderner nachhaltiger Agrarforschung. Wichtig ist, Wissen und angemessene Techniken jeweils vor Ort verfügbar zu machen.

Chance und Notwendigkeit

Erforderlich ist ein radikaler Paradigmenwechsel in der (Landwirtschafts-)Politik – in Lehre, Forschung, Praxis und Konsum – im Kontext sozioökonomischer und ökologischer Erfordernisse: die Abkehr von Liberalisierung, Überproduktion, Cash-Crop-Orientierung, Dumpingexporten; die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte und der Futtermittelimporte; der Stopp nicht nachhaltig erzeugter Agro-Energie.

Zielrichtung muss sein, die Abhängigkeit von fossiler Energie zu verringern und die Anpassungsfähigkeit an wechselnde klimatische und geographische Verhältnisse zu verbessern. Multifunktionalität der Landwirtschaft ist kein Luxus, sondern eine soziale und ökologische Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens. So erfordern Klimawandel und steigende Energiekosten eine Neubewertung – eine In-Wert-Setzung der Leistung von Arbeitstieren.

Bisher hat Deutschland den IAASTD nicht unterzeichnet. Am 11. Februar hat Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul jedoch angekündigt, sich für eine nachträgliche Unterzeichnung sowie die notwendige Verstetigung des IAASTD-Prozesses einzusetzen. Eine gute Nachricht, denn ‚business as usual' ist keine Option.

Die Autorin ist Tierärztin & Mediatorin und Mitautorin des IAASTD.

Gertrude Klaffenböck

Task Group Recht auf Nahrung

Eine Idee nimmt Gestalt an

Bereits im Dezember 2006 fanden erste Gespräche zwischen der FAO-Abteilung des österreichischen Lebensministeriums und FIAN-Österreich gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) über die Möglichkeit einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen Ministerium und am Thema interessierten zivilgesellschaftlichen AkteurInnen statt. Auf Basis der *Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung* sollten Vorschläge erarbeitet werden, um das Recht auf Nahrung in der nationalen und internationalen Politik der Österreichischen Bundesregierung zu stärken.

FIAN wollte mit dieser Initiative zusammen mit NRO wie ÖBV/Via Campesina Österreich, Koordinierungsstelle der österreichischen Bischofskonferenz, Global Marshall Plan und AGEZ (mittlerweile als „Globale Verantwortung" neu gegründet) eine formelle Struktur schaffen, die sich auf den Handlungsbedarf hinsichtlich des Rechts auf Nahrung sowohl im nationalen wie internationalen Bereich konzentriert. Seit Mai 2007 treffen sich vier- bis fünfmal jährlich VertreterInnen des Lebens- und Außenministeriums und der Zivilgesellschaft. Bedauerlicherweise folgen die MenschenrechtskoordinatorInnen der Ministerien selten den Einladungen zu den Treffen.

Das gemeinsam verabschiedete Grundlagenpapier Task Group sowie ihr Arbeitsvorhaben wurden anlässlich des Welternährungstages 2007 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Darin heißt es zum Selbstverständnis der Gruppe: „Die TG-RaN will mit ihrer Arbeit insbesondere dazu beitragen, (weitere) Verletzungen des Rechts auf Nahrung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu verhindern. Zu diesem Zweck nimmt sich die TG-RaN vor, die wesentlichsten Grundlagen zu diesem Menschenrecht zu erarbeiten und in den Zusammenhang bestehender Politiken zu stellen, um dadurch einem menschenrechtlichen Ansatz der weltweiten Hungerbekämpfung weiter zum Durchbruch zu verhelfen: Wir wollen mit Recht gegen Hunger arbeiten."

Als vier Ziele wurden genannt:
- Grundlagen für die Umsetzung des RaN zu erarbeiten,
- Handlungsbedarf in verschiedenen politischen Bereichen aufzuzeigen und an entsprechenden Strategieentwicklungen mitzuarbeiten,
- Maßnahmen zur Umsetzung des RaN vorzuschlagen,
- Zwischenergebnisse und andere Informationen regelmäßig an die Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Vorerst als zweijähriges Projekt geplant, wollte die Task Group sich politischer Bereiche wie Implementierung des Rechts auf Nahrung in Österreich und der EU, Ländliche Entwicklung, Internationale Ernährungssicherung und Entwicklungszusammenarbeit und Internationaler Agrarhandel annehmen. Sehr schnell stellte sich heraus, dass es notwendig war, ein gemeinsames Grundverständnis herzustellen. Vor allem der genaueren Auseinandersetzung mit der Allgemeinen Rechtsbemerkung und den FAO-Leitlinien wurde relativ viel Zeit eingeräumt; neben Austausch und Information nehmen Diskussionen zur Perspektive nach wie vor breiten Raum ein. Als aktuelle Probleme wie Nahrungsmittelkrise und Agrospritdebatte die Task Group einholten, kam ein weiterer Aspekt der Gruppe hinzu: Mit ihr war ein neuer Informationsweg zwischen NRO und Ministerien geschaffen worden, der sehr rasch die zielgerichtete Vernetzung vorantreiben kann. NRO-VertreterInnen haben dadurch die Möglichkeit, Positionen an die Ministerien heranzutragen, während Ergebnisse und Entwicklungen in internationalen Institutionen aus erster Hand berichtet werden.

Nach nunmehr zweijähriger Arbeit bleibt vorerst als Resümee, dass die Task Group mit dem nach wie vor nicht gesicherten Budget oder dem Ziel, den Handlungsbedarf konsequent aufzuzeigen und gegebenenfalls Strategien für dessen Durchsetzung zu entwickeln, in vielen Bereichen noch eher einer Baustelle gleicht, etwa in der regelmäßigen Information der Öffentlichkeit. Daneben aber hat sich die Task Group als zentrales Arbeits- und Informationsnetzwerk für das Recht auf Nahrung etabliert. Mittlerweile sind auch Organisationen aus dem Humanitären Hilfsbereich ebenso regelmäßig involviert wie WissenschaftlerInnen und interessierte AktivistInnen.

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei FIAN-Österreich.

Brigitte Reisenberger mit Thomas Seifert, Redakteur von *Die Presse*, beim Finale von Reporter09
Foto: *Die Presse*

Mitarbeiterin von FIAN wird Reporterin 09

Brigitte Reisenberger, seit drei Jahren Mitarbeiterin im Sekretariat von FIAN-Österreich, hat sich im Wettbewerb der Tageszeitung Die Presse gegen mehr als 140 MitbewerberInnen als Siegerin durchgesetzt. Ihr Vorschlag, gemeinsam mit dem Außenpolitik-Redakteur der Zeitung den Goldbergbau in Afrika mit kritischen Augen zu beleuchten, hatte die Jury überzeugt. Wir gratulieren herzlich! Seit Februar sind auf *http://diepresse.com/reporter09* online-Beiträge von Brigitte Reisenberger nachzulesen. Von 20. Februar bis 6. März 2009 wird sie gemeinsam mit Thomas Seifert Ghana bereisen und regelmäßig über die aktuelle Situation im Goldbergbau berichten.

Marita Wiggerthale

Billig um jeden Preis?

Ananas und Bananen in deutschen Supermärkten

Bananen aus Ecuador oder Chile gelangen auf Kosten der ArbeiterInnen zu niedrigen Preisen in die Gemüseauslagen der deutschen Discounter. Foto: Sergio Roberto

Miserable Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen sind keine Neuigkeit. Zu Recht steht die Geschäftspolitik der großen Multis wie Noboa, Dole, Del Monte und Fyffes seit längerem am Pranger. Doch das Problem hat eine neue Dimension angenommen: Fragt man Gewerkschafter aus Zentralamerika, dann erzählen sie, wie die aggressive Preispolitik und die Einkaufspraktiken der Supermarktketten zunehmend die Liefer- und Produktionsbedingungen vom Feld bis zur Ladentheke diktieren.

In Deutschland haben die Supermarktketten ihre Marktmacht in den vergangenen Jahren stark ausgebaut. 1999 hat es noch acht große Supermarktketten gegeben, die gemeinsam über einen Marktanteil von 70 Prozent verfügten. Heute beherrschen die fünf größten Supermarktketten Edeka, die Schwarz-Gruppe, Aldi, Rewe und Metro etwa 90 Prozent des Marktes. Dabei ist ein Ende des Konzentrationsprozesses noch nicht in Sicht. Bereits heute gilt der deutsche Markt als einer der härtesten Märkte der Welt, mit einem außerordentlich niedrigen Preisniveau. Letzteres ist unter anderem der Durchschlagskraft der Discounter mit ihrer aggressiven Preispolitik geschuldet. Schätzungen zufolge wird ihr Anteil von heute 42 Prozent auf 50 Prozent steigen. Meldungen im Januar machten deutlich: Die Discounter nutzen in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Gunst der Stunde, um ihre Marktanteile auszubauen. Ein aggressiver Verdrängungswettbewerb, der nicht ohne Folgen bleibt.

Knallharte Preisdrückerei auf dem Rücken der ArbeiterInnen

Wenn die Supermarktketten die Lieferanten knallhart im Preis drücken, dann haben ArbeiterInnen in Costa Rica und Ecuador, die Ananas und Bananen für Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro anbauen, das Nachsehen. Menschenwürdigere Arbeitsbedingungen? Fairere Löhne? Gewerkschaftliche Freiheit? Die ArbeiterInnen in den Produzentenländern bekommen vor Ort den Druck der Supermarktketten zu spüren, den die Lieferanten entlang der Lieferkette weitergeben. Berechtigte Forderungen der ArbeiterInnen werden mit Hinweis auf die Einkaufsmacht der Supermarktketten abgewiegelt. Nicht nur in Entwicklungsländern, auch hier bei uns.

In Costa Rica sind die Schattenseiten des Ananasbooms, der mit der Einführung der süßeren ‚goldenen Ananas' Anfang 2000 einsetzte, deutlich zu spüren. Die rasante Ausbreitung der Ananasplantagen als Monokulturen leistete der Zerstörung der Umwelt – illegale Abholung, Bodenerosion, vergiftete Flussläufe und Brunnen – und der Verletzung von ArbeiterInnenrechten Vorschub. Die gewerkschaftsfeindliche Politik von Piña Frut (Grupo Acon) steht beispielhaft für die Situation im Ananasbereich. Das Unternehmen droht seinen MitarbeiterInnen mit schwarzen Listen, Gehaltskürzungen, Massenentlassungen und Plantagenschließungen und drängt sie zum Austritt aus der Gewerkschaft.

Gewerkschaftler werden drangsaliert

Unter diesen Umständen lehnte die Gewerkschaft SITRAP die Weitergabe der Namen von ArbeiterInnen, die aus der Gewerkschaft ausgetreten sind, an den britischen Lebensmitteleinzelhändler Tesco ab. Diese ArbeiterInnen waren von Grupo Acon gezwungen worden, einen Brief zu unterschreiben, in dem sie ihren freiwilligen Austritt aus der Gewerkschaft erklären. Piña Frut beliefert das Unternehmen Dole, den weltweit größten Produzenten und Vermarkter von frischem Obst und Gemüse und führenden Vermarkter von Ananas in Deutschland. Dole beliefert die Supermärkte Edeka, Rewe, Penny, Plus und Kaiser's. Ananas von Grupo Acon gibt es auch bei Aldi und Lidl.

Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen sind nicht nur auf Bananen- und Ananasplantagen zu finden. Deswegen setzt sich die im September 2008 gegründete Supermarkt-Initiative dafür ein, dass verbindliche Regeln zur Einhaltung sozialer Menschenrechte und ökologischer Standards in der gesamten Lieferkette für alle Produkte eingeführt werden und deren Einhaltung bis in die Produktionsländer sichergestellt wird. Damit dies möglich wird, muss der Missbrauch der Einkaufsmacht der Supermarktketten unterbunden werden. Für den Einkauf der Supermarktketten muss gelten: fair, umweltgerecht und sozial!

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei Oxfam Deutschland.

Endstation Ladentheke

Einzelhandel – Macht – Einkauf: Unter welchen Bedingungen Ananas und Bananen produziert werden, die in Deutschland über die Ladentheke gehen.
Eine Studie von Marita Wiggerthale, im Auftrag von Oxfam Deutschland e.V.
Zu beziehen unter *www.oxfam.de* .

Roman Herre

Das Recht auf Nahrung ist Menschenrecht

Olivier de Schutter, UN-Sonderbeauftragter für das Recht auf Nahrung, hatte den Vorsitz der Konferenz inne. Foto: Georgie Scott

Die Konferenzreihe Politik gegen Hunger des Landwirtschaftsministeriums widmete sich zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dem Recht auf Nahrung. Auf der internationalen Tagung wurden Empfehlungen erarbeitet zur verbesserten Durchsetzung des Rechts auf Nahrung in verschiedenen Politikfeldern.

Vom 8. bis 10. Dezember letzten Jahres trafen sich 200 Experten und Expertinnen in Berlin, um über die verbesserte Durchsetzung des Rechts auf Nahrung zu debattieren. Sie erarbeiteten einen konkreten Handlungskatalog, der am Ende der Konferenz den RegierungsvertreterInnen vorgelegt wurde. Die zivilgesellschaftliche Beteiligung aus dem Süden war relativ hoch und einige gesetzte Themen wie Zugang zu Land und die EU-Agrarpolitik politisch unbequem. Dies nicht zuletzt, weil FIAN in einer ungewohnten Rolle als Berater für die Konferenz fungierte.

Besonders wahrgenommen wurden die MenschenrechtsverteidigerInnen aus Guatemala, Indien und Uganda. Ihre Berichte vom täglichen Einsatz für das Recht auf Nahrung zeigten anschaulich, mit welchen Problemen vor Ort gekämpft wird und wie das Recht auf Nahrung im Kampf gegen Hunger genutzt werden kann. Deren Credo: Das Recht auf Nahrung ist eine zentrale Grundlage zur Legitimierung ihres Handelns, da sie sich kontinuierlich gegen Kriminalisierungsversuche – oft auch von staatlicher Seite – zur Wehr setzen müssen. Ihre Ausführungen stießen auf besonderes Interesse der Medien und einiger Regierungsvertreter.

Wichtige Impulse konnten auch in Richtung Vereinte Nationen (UN) gegeben werden. Dem anwesenden Koordinator der UN-Arbeitsgruppe zur Globalen Nahrungsmittelkrise, David Nabarro, wurde das Recht auf Nahrung mit ins Gepäck gegeben. Auf der Welternährungskonferenz im Januar in Madrid betonte sodann sein Chef, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, in seiner Rede das Recht auf Nahrung und entsprechende Kontrollmechanismen (siehe auch Seite 12 dieser Ausgabe). Ein Novum, da dieses Thema noch Mitte 2008 von den UN völlig ignoriert wurde. Dass es nun auf höchster Ebene diskutiert wird, ist nicht zuletzt dem Engagement des neuen UN-Sonderberichterstatters zum Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, zuzuschreiben. Er hatte den Vorsitz der Berliner Konferenz.

Ein besonders heißes Eisen war die finanzielle Unterstützung der Arbeit zum Recht auf Nahrung bei der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Das Landwirtschaftsministerium hatte in der Vergangenheit die Arbeit des dortigen Referats zum Recht auf Nahrung unterstützt. Diese Unterstützung sollte in 2008 auslaufen. Am Ende der Konferenz konnte jedoch Staatssekretär Gert Lindemann ein klares Bekenntnis zur Förderung des rechtebasierten Ansatzes bei der FAO abgerungen und eine kurzfristige Weiterführung der Arbeit des Referats erreicht werden. Was dies langfristig für die Arbeit zum Recht auf Nahrung bedeutet, bleibt unklar. Die Forderung der KonferenzteilnehmerInnen, sich für das Recht auf Nahrung als zentrales, so genanntes strategisches Ziel der FAO einzusetzen und damit fest in der dortigen Arbeit zu verankern, wurde nicht aufgegriffen.

Die sehr konkreten Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen und die an vielen Stellen positiven Bekenntnisse der Politik wurden schon einen Monat später durch die ebenfalls vom Landwirtschaftsministerium veranstaltete Grüne Woche und den von deutscher Seite unterstützten Beschluss, die EU-Exportsubventionen für Milch wieder einzuführen, stark relativiert. Da scheint es selbsterklärend, dass der Deutsche Bauernverband zur Politik gegen Hunger geladen war, aber leider keine Zeit hatte...

Der Autor ist Agrarreform-Referent bei FIAN-Deutschland.

Anzeige

Armin Paasch

Konferenz The Global Food Challenge in Genf

Menschenrechtsansatz in der Handelsdebatte bestärkt

Auf Einladung von FIAN, der Ecumenical Advocacy Alliance (EAA), des Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP), Brot für die Welt und 14 weiterer NRO fand vom 25. bis 27. November 2008 die internationale Konferenz The Global Food Challenge statt. Insgesamt 130 KleinbäuerInnen, Indigene, FischerInnen, SlumbewohnerInnen, Entwicklungs-, und MenschenrechtsaktivistInnen aus 40 verschiedenen Ländern kamen in Genf zusammen, um über die Zusammenhänge und Konflikte zwischen Handel, Investitionen und dem Recht auf Nahrung zu diskutieren. Die Botschaft war klar: Menschenrechte haben Vorrang vor Investorenrechten. Dies gilt bislang in der Theorie, muss aber in Zukunft auch in die Praxis umgesetzt werden, wenn die globale Hungerkrise bewältigt werden soll.

Das Ziel der Konferenz war ein vierfaches: 1) Konkrete Fälle analysieren, wo Handels- oder Investitionsabkommen zu Verletzungen des Recht auf Nahrung geführt haben; 2) neue Herausforderungen für das Recht auf Nahrung, wie den Klimawandel, Agrartreibstoffe und die Rohstoffspekulation, unter die Lupe zu nehmen; 3) eine Vision für menschenrechtskonforme Handels- und Investitionsregeln zu skizzieren und schließlich 4) menschenrechtliche Instrumente und Strategien zu diskutieren, um dieser Vision näher zu kommen.

Im Zentrum der Konferenz stand der zivilgesellschaftliche Austausch über Erfahrungen, Analysen und Visionen. Zugleich aber sollten Entscheidungsträger mit menschenrechtlichen Fragen konfrontiert werden. Mit WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, David Navarro, dem Koordinator der UN-Task Force gegen Hunger, sowie Olivier de Schutter, UN-Sonderberichterstatter zum Recht hat auf Nahrung, war ein Podium am zweiten Tag der Konferenz besonders hochkarätig besetzt. Als Fortschritt kann es angesehen werden, dass sich Pascal Lamy erstmals öffentlich zum Verhältnis zwischen der WTO und dem Recht auf Nahrung äußern musste. Dabei räumte er durchaus ein, dass eine vollständige Liberalisierung das Recht auf Nahrung massiv gefährden würde, bestritt aber, dass dies das Ziel der WTO sei. Olivier de Schutter hingegen verwies darauf, dass die Ausweitung des Welthandels, Zoll- und Subventionsabbau zu den Kernzielen der WTO gehören: eine Politik also, die maßgeblich für die heutige Ernährungskrise mitverantwortlich sei.

Inhaltlich wurden die Diskussionen durch vier Hintergrundpapiere inspiriert, wovon eines (zu konkreten Fallstudien) von FIAN beigesteuert wurde. Die Papiere sind in englischer, spanischer und französischer Sprache unter *http://www.tradeobservatory.org/issue_foodSecurity.cfm* abrufbar. Die Initiatoren werden die Ergebnisse der Konferenz in den nächsten Monaten publizieren und die Empfehlungen in die politischen Debatten einspeisen.

Der Autor ist Welthandelsreferent bei FIAN-Deutschland.

TV-Tipp

Euer Hunger – unser Profit

Der Unfaire Handel mit der Dritten Welt

Themenabend auf ARTE

Ob Milch, Mais oder Masthähnchen – in Europa werden Nahrungsmittel so billig und üppig hergestellt, dass sich die Produktion in den Entwicklungsländern kaum noch lohnt. 50 Milliarden Euro gibt die Europäische Union jährlich für landwirtschaftliche Subventionen aus. Diese Politik verschafft uns attraktive Angebote und anderen ein großes Problem. Unsere Waren werden zu Dumping-Preisen in die Dritte Welt exportiert. Dort werden lokale Märkte zerstört, die Menschen verlieren ihre Arbeit und müssen hungern.

Hunger wird auch durch unseren wachsenden Biospritbedarf verursacht. In den Ländern wie Indonesien oder Kolumbien verdrängen Energiepflanzen für den Antrieb von Autos und Maschinen den Nahrungsanbau. Es droht ein Showdown zwischen Tank und Teller.

Der Themenabend zeigt die Mechanismen und die Folgen einer EU-Wirtschaftspolitik auf, die sich ausschließlich an den eigenen Bedürfnissen orientiert und so das Elend in der Welt mitverantwortet.

Ausstrahlung am 7. April 2009, ab 22:45 Uhr

- 22.45 Uhr: Hühner für Afrika – Vom Unsinn des globalen Handels
- 23:25 Uhr: Die Biosprit-Lüge
- 00:10 Uhr: Milch, Macht und Märkte (mit Beteiligung der sambischen Milchbauern aus der FIAN-Rundreise 2008)

Anzeige

Eilaktionsrundbrief März 2009

Liebe FIAN-Freundinnen und -Freunde,

seit vielen Jahren begleitet FIAN Gemeinden in Ghana, deren Recht auf Nahrung und Wasser durch den Goldabbau verletzt wird. Brigitte Reisenberger, Aktivistin bei FIAN-Österreich, hat es nun geschafft, auch die Presse für das Thema zu begeistern. Zwei Wochen lang ist sie mit einem Reporter der österreichischen Zeitung „Die Presse" unterwegs in Ghana und berichtet über ihre Erlebnisse vor Ort. Verfolgen kann man die Reise unter *http://diepresse.com/blog/globalist/*.
Brigitte konnte sich gegen 140 MitbewerberInnen durchsetzen. Wir gratulieren, wünschen ihr eine gute Reise und Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Eilaktivteam
Ute Hausmann
Gertrude Klaffenböck

In eigener Sache – Fall 0717
Honduras: Post zurückgekommen

Im Dezember 2007 haben viele Eilaktions-TeilnehmerInnen eine Kopie ihres Schreibens an die Regierung an FIAN-Honduras geschickt. Fast ein Jahr später landeten diese Briefe dann wieder in den Postkästen der Absender. Ursache ist wohl ein Konflikt zwischen den Postzustellern DHL und Honducor. Wir gehen davon aus, dass nur die Post an FIAN-Honduras, jedoch nicht die an die Regierung betroffen war.

Teilerfolg im Fall 0616
Türkei: Exportkreditagenturen kündigen Ausstieg aus Staudammprojekt an

Kurz vor Weihnachten haben die Exportkreditagenturen von Österreich, Deutschland und der Schweiz angekündigt, nach einer Frist von 180 Tagen aus dem Ilisu-Staudammprojekt auszusteigen. Damit sind die Lieferverträge der Unternehmen Andritz, Züblin und Alstom suspendiert, so dass diese aktuell keine Lieferungen an das Projekt vornehmen können. Auch die beteiligten Banken können die zugesagten Kredite nicht auszahlen. Dies ist ein einzigartiger Schritt, da weltweit noch nie eine bereits bewilligte Deckung von Lieferverträgen ausgesetzt wurde. Die Exportkreditagenturen hatten im März 2007 trotz starker Proteste den Projekten zugestimmt, aber eine hohe Zahl von Auflagen erteilt, die jedoch nicht umgesetzt wurden. Durch den Ilisu-Staudamm würden rund 65.000 Menschen ihre Heimat verlieren.

Erfolg in Genf
Nicaragua: Indigene erhalten Landtitel

Am 14. Dezember 2008 hat die Regierung von Nicaragua der indigenen Gemeinschaft der Awas Tingni die Landtitel für 74.000 Hektar Tropenwald übertragen. Diese Entscheidung ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes der Awas Tingni für die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte. Bereits 2001 hatte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof entschieden, dass die Regierung die Rechte der Indigenen verletzt hatte, indem sie Holzfirmen Konzessionen auf dem Land der Awas Tingni erteilte. Die Regierung versäumte es jedoch, den Indigenen die Landtitel auszustellen.
Im November 2008 unterstützte FIAN Organisationen aus Nicaragua dabei, einen Parallelbericht beim UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einzureichen, in dem der Fall thematisiert wurde. Der Ausschuss forderte die Regierung von Nicaragua daraufhin auf, endlich die Übertragung der Landtitel fertig zu stellen. Mit Erfolg – zwei Wochen später hielten die Indigenen die Landtitel in der Hand.

Nueva Florencia in Guatemala – ein Fall der Marler FIAN-Gruppe

Friedrich Doormann und hat uns einige Fragen zur Arbeit der Marler Fianistas beantwortet.

1997 wurden 32 Arbeiter der Finca Nueva Florencia in Guatemala unrechtmäßig entlassen, weil sie eine Gewerkschaft gegründet hatten. Wie kam es dazu, dass FIAN-Marl die entlassenen Arbeiter und ihre Familien unterstützt?

Das Engagement von uns für Nueva Florencia hat eine Vorgeschichte. Wir FIAN-Leute von Marl sind Mitglieder im Guatamala-Arbeitskreis der Evangelischen Stadtkirchengemeinde Marl. Diese hat seit den frühen neunziger Jahren eine Partnerschaft mit einer Organisation zur dörflichen Entwicklung in Quetzaltenango mit Namen Fundación Metodista de Desarrollo Integral/FUMEDI (Methodistische Stiftung für ganzheitliche Entwicklung), vermittelt durch die guatemaltekische Menschenrechtlerin und Dichterin Julia Esquivel. Die Stadtkirchengemeinde unterstützt diese Organisation

Bei Eswin Lopez' Besuch der Marler FIAN-Gruppe im Mai 2007 gab es noch Anlass zur Hoffnung.

auch finanziell. Es gibt einen intensiven Besuchsaustausch zwischen Quetzalteango und Marl. Alle vier Jahre fahren wir nach Guatemala, alle vier Jahre kommt eine FUMEDI-Delegation zu uns – dies um zwei Jahre verschoben, sodass wir uns alle zwei Jahre sehen können. Bei unseren Besuchen dort besuchen wir also auch die Projekte von FUMEDI. Als dann 1997 der Fall Nueva Florencia anhing, lag es nahe, dass wir wegen unserer Guatemala-Erfahrung beim Internationalen FIAN-Sekretariat gefragt haben, ob wir den Fall offiziell begleiten könnten, und wir haben ihn dann auch übertragen bekommen.

Wie sieht die Unterstützung durch FIAN aus und welche Wirkung zeigt sie?

Wir pflegen Briefaustausch mit den Compañeros von Nueva Florencia – deren Sprecher Eswin López hat glücklicherweise seit kurzem einen Internetanschluss – und mit der katholischen Landpastoral von Quetzaltenango, welche den Fall juristisch begleitet. Nach unserem ersten Besuch auf Nueva Florencia im Jahr 2001 haben wir die Marler Öffentlichkeit über den Fall informiert – das tun wir auch weiterhin –, und haben uns an das BMZ gewandt mit dem Ergebnis, dass dieses die deutsche Botschaft in Guatemala zum Intervenieren aufgefordert hat. Wir haben in Marl viele Besuche von Repräsentanten der Landpastoral, Ingrid Urízar und Úrsula Roldán, gehabt, die in öffentlichen Veranstaltungen zu relativ großem Publikum gesprochen haben. Dies mit Presseecho und mit Mitteilungen an die guatemaltekische Botschaft in Berlin.
Im Herbst letzten Jahres war Monseseñor Álvaro Ramazzini vom Bistum San Marcos, in der Bischofskonferenz für Landpastoral und Migration zuständig, auf Einladung des katholischen Stadtbüros von Recklinghausen in dieser Stadt und hat vor der Öffentlichkeit über den Fall Nueva Florencia gesprochen, in Anwesenheit des Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe, der sich seitdem für den Fall interessiert und engagiert. Er hat von uns ein Dossier über den Fall bekommen, weitere Informationen auch von Martin Wolpold von FIAN-International.
Er wird in diesem Jahr nach Guatemala reisen und sich unter anderem mit Eswin López treffen. Auf unser Drängen hin hat sich Bischof Ramazzini vor deutschen Politikern in Berlin stark für die Leute von Nueva Florencia eingesetzt. Wir müssen dankbar anerkennen, dass Frau Maria Voss vom Stadtkomitee Recklinghausen uns mit vielen deutschen Politikern in Verbindung gebracht hat, welche die Absicht bekundet haben, sich für Nueva Florencia zu engagieren. Was diese tun und tun wollen, das unterliegt jedoch noch der Diskretion. Am 12. März werden wir ein Treffen mit der Staatssekretärin K. Kortmann aus dem BMZ haben.
Die Wirkung von all diesem? Zumindest wird die Front der Sympathisanten für Nueva Florencia immer breiter, hoffentlich auch schlagkräftiger.

2007 war der Kaffeepflücker Eswin López bei euch zu Gast. Zu dem Zeitpunkt hatte ein Gericht ihnen ein Stück Land zugesprochen. Es gab Hoffnung. Was ist dann passiert?

Eswin war zusammen mit Ingrid Urízar bei uns. Sie waren glücklich, dass den Arbeitern von Nueva Florencia zwei Ländereien als Kompensation für die einbehaltenen Löhne zugesprochen waren. Sie waren allerdings in Not, weil sie kein Geld für die Zahlung der Grunderwerbsteuer hatten. Durch unsere Vermittlung haben sich dann Geldgeber dafür gefunden. Sie waren kaum in ihre Heimat zurückgekehrt, da kam von Carlos Aragón, dem damaligen Koordinator der Landpastoral eine E-Mail an uns mit der Hiobsbotschaft, dass die Arbeitgeberseite einem Verwandten der Besitzerin der Finca die beiden besagten Ländereien überschrieben hatte. Carlos' Kommentar: „Eine grässliche Geschichte, wie sie nur in Guatemala vorkommen kann, dass ein Stück Land zwei Parteien gleichzeitig gehört". Danach setzten dann neue Repressalien seitens der Verwaltung der Finca gegen Eswin und eine Nachbarsfamilie ein: Zerstörung von Häusern und Einzäunung mit Betonpfählen und Stacheldraht. Darauf bezieht sich die jetzige Eilbriefaktion.
Martin Wolpold hat erreicht, dass die Präsidiale Menschenrechtskommission von Guatamala sich für die Sache Nueva Florencia engagiert. Eine Delegation dieser Kommission wollte Nueva Florencia vor kurzem besuchen, aber die privaten Sicherheitskräfte der Finca haben der Delegation den Zutritt verwehrt.

Aktuell läuft eine neue Eilaktion. Was wollt ihr mit dieser Aktion erreichen?

Nachdem wir als Marler Gruppe eine Briefaktion an die guatemaltekische Boschaft in Berlin in Gang gesetzt haben, hoffen wir auf jetzt auf eine endgültige positive Lösung des Falles, wie sie in den Forderungen des jetzigen Eilbriefes an den Präsidenten zum Ausdruck kommen.

Und tun Sie es für eine gute Sache.

FIAN packt den Stier bei den Hörnern. Zum Beispiel in Mexiko: Die Schließung des Werkes „Euzkadi" durch den deutschen Reifenhersteller Continental AG war illegal. Die streikenden ArbeiterInnen wurden von FIAN durch eine internationale Kampagne unterstützt. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit können sich durchaus sehen lassen: Wiedereröffnung des Werkes und Erhalt der Arbeitsplätze.

Investieren Sie in weitere Erfolge und erhöhen Sie Ihren Mitgliedsbeitrag oder Ihre Spende:

Freiwillig,
nach eigenem Ermessen und jederzeit widerrufbar.

Herzlichen Dank!

FIAN

Gertrud Falk

Frischer Wind für die Blumenkampagne

Seit Januar hat die Blumenkampagne frischen Rückenwind. Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union (EU) konnte FIAN gemeinsam mit fünf Partnerorganisationen ein dreijähriges Projekt zur Durchsetzung von Menschenrechtsstandards und Umweltschutz in der Blumenproduktion anschieben. Inhaltliche Basis dafür ist der Internationale Verhaltenskodex für sozial- und umweltverantwortliche Blumenproduktion (ICC), den FIAN mit entwickelt hat und der vom Flower Label Program (FLP) umgesetzt wird. Mit dabei sind Vamos aus Münster, FIAN Belgien, das belgische Netzwerk zur Verbraucheraufklärung Netwerk Bewust Verbuiken, FIAN-Österreich und die tschechische kirchliche Bildungseinrichtung Ekumenická Akademie Praha in Prag. Weitere Projektpartner sind die Frauenrechtsorganisation Kunzwana aus Simbabwe und die ugandische Nichtregierungsorganisation für Arbeiterbildung UWEA.

Anreize für Arbeitsrechte

Mit dem Projekt soll die Nachfrage nach glaubwürdig zertifizierten Blumen in Deutschland, Belgien, Österreich und Tschechien angekurbelt werden. Dadurch sollen Produzenten in den Zulieferländern den Anreiz erhalten, international anerkannte Arbeitsrechte und Umweltschutzmaßnahmen umzusetzen und sich zertifizieren zu lassen. Denn die Erfahrung der Blumenkampagne ist es, dass die Aussicht auf höhere Verkaufszahlen und Zugang zu neuen Märkten der größte Anreiz für die Blumenbetriebe ist, ihren ArbeiterInnen international anerkannte Rechte wie Gewerkschaftsfreiheit, Gleichbehandlung und Gesundheitsschutz zu gewähren.

Öffentlichkeit schaffen

Parallel dazu sollen über Studien und Vortragsreisen der Südpartner bestehende Missstände auf Blumenplantagen publik gemacht werden. Denn die VerbraucherInnen müssen auch wissen, warum sie beim Blumenkauf nach Blumen fragen sollen, die das FLP-Siegel tragen. Der Handel reagiert empfindlich auf Nachrichten, die Blumen in ein schlechtes Licht stellen.

VertreterInnen der teilnehmenden NRO beim Kick-Off-Meeting zur EU-Blumenkampagne in der FIAN-Geschäftsstelle in Köln.

Dies wurde zuletzt deutlich nach einem Beitrag der ARD-Sendung Plusminus am 10. Februar dieses Jahres. Die verantwortliche Journalistin hatte Schnittblumen auf Pestizide analysieren lassen. Das Labor war fündig geworden. Insgesamt 18 verschiedene Pestizide hatte es gefunden, von denen drei in der EU verboten sind. Im Fernsehbeitrag interviewte sie unter anderem FIAN zum fehlenden Gesundheitsschutz auf Blumenplantagen. Nach der Sendung beschwerten sich einige Blumenhändler und Floristen beim Sender, dass der Beitrag geschäftsschädigend gewesen sei.

Langfristige Veränderung der Einkaufspraktiken

Das Projekt hat drei Zielgruppen: Verbraucherinnen, BlumenhändlerInnen und Gemeindeverwaltungen. Für alle drei Gruppen werden Seminare angeboten und Informationsmaterialien erstellt, die Antworten auf ihre Fragen und Zweifel geben, mit denen die Blumenkampagne immer wieder konfrontiert wird. Diese reichen von grundsätzlichen Zweifeln an der Vergabe von Gütesiegeln bis zu praktischen Fragen, wo man die Blumen kaufen kann. Um Veränderungen nachhaltig zu verankern, wollen die Projektpartner in ihren Ländern auf das öffentliche Beschaffungswesen Einfluss nehmen. In Anknüpfung an die Lokale Agenda 21, in der Städte und Gemeinden aufgefordert sind, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung zu leisten, sollen sie aufgefordert werden, bei ihren Einkäufen nicht nur den Preis, sondern auch auf die Produktionsbedingungen der Waren in ihre Kaufentscheidung einzubeziehen. In Deutschland hatte FIAN in den letzten Jahren dazu bereits die Kampagne „Aktion Kommune“ durchgeführt, auf der nun aufgebaut werden kann.

Unterschiedliche Ausgangsbasis

In den vier europäischen Ländern ist die Ausgangslage für das Projekt sehr unterschiedlich. Während in Deutschland immer noch die meisten Blumen verkauft werden, ist der Pro-Kopf-Konsum in Belgien und Österreich mit 39 bzw. 40 Euro im Jahr 2006 höher als in Deutschland, wo er 36 Euro betrug. In allen drei Ländern ist von den Partnerorganisationen in den letzten Jahren schon Aufklärungsarbeit zu den Arbeitsbedingungen auf Blumenplantagen geleistet worden. In Tschechien ist das Thema völlig neu. Im Rahmen des Projekts wird dort Pionierarbeit geleistet werden.

Die Autorin ist Koordinatorin der Blumenkampagne bei FIAN-Deutschland.

Gewerkschaftsfreiheit durchgesetzt

FIANs Kampagne zur Durchsetzung des Rechts auf Gewerkschaftsfreiheit auf ugandischen Blumenfarmen war erfolgreich. „Inzwischen gibt es in allen Betrieben Gewerkschaftsmitglieder und in fast allen einen Betriebsrat", berichtet Flavia Amoding von der ugandischen Nichtregierungsorganisation für Arbeiterbildung UWEA. Flavia Amoding war im Mai 2007 gemeinsam mit dem Generalsekretär der Gewerkschaft für den Gartenbau UHAWU, Stephen Barasa, für eine vierwöchige Vortragsreise nach Deutschland und Österreich gekommen und hatte über die unhaltbaren Zustände in Ugandas Blumenbetrieben berichtet. Gemeinsam hatten UWEA und FIAN eine Briefaktion organisiert, in der der ugandische Verband der Blumenexporteure aufgefordert wurde, sicherzustellen, dass seine Mitglieder das Recht auf gewerkschaftliche Organisation ihrer ArbeiterInnen respektieren.

Gesundheitsschutz

Die nächste Arbeitsrechtsverletzung auf ugandischen Blumenfarmen, die FIAN und UWEA ins Visier nehmen, ist der unzureichende Gesundheitsschutz_der ArbeiterInnen. „In manchen Betrieben sehen alle ArbeiterInnen krank aus", erläutert Robert Wanzusi von UWEA. Die ArbeiterInnen bekommen keine ausreichende Schutzkleidung gegen die giftigen Pestizide. Auf manchen Farmen arbeiten sie ungeschützt im Gewächshaus, während ihre Kollegen Pestizide sprühen. UWEA hat festgestellt, dass selbst viele Geschäftsführer nicht über die gesundheitlichen Gefährdungen durch Pestizide aufgeklärt sind. FIAN und UWEA haben daher mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Umverteilen und der Stiftung Menschenwürde und Arbeit ein Handbuch für den Umgang mit Pestiziden und den Gesundheitsschutz im Gartenbau entwickelt. Das Handbuch soll für Fortbildungen der ArbeiterInnen dienen und auch den zuständigen GeschäftsführerInnen übergeben werden.

Neues Netzwerk gegründet

Im Januar hat sich das weltweite Netzwerk für Arbeits- und Umweltrechte im Gartenbau gegründet (Global Horticultural Workers' and Environmental Rights Network, GHOWERN). Gründungsmitglieder sind zehn Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften aus Äthiopien, Kenia, Uganda, Tansania und Sambia. Sie wollen ihre Arbeit besser koordinieren und sich mit Organisationen weiterer Länder vernetzen, um die Rechte von ArbeiterInnen und den Umweltschutz im Gartenbau besser durchzusetzen. FIAN arbeitet bereits mit GHOWERN zusammen.

FLP strebt Biosiegel an

In einem zweijährigen Pilotprojekt wird das Flower Label Program (FLP) einen Standard für biologisch-organischen Blumenanbau erarbeiten. Das Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) finanziert und soll deutsche Biobauern, die Blumen anbauen, und FLP zusammenbringen, um die Bioblumen gemeinsam zu vermarkten. Als Pilotregionen wurden Bielefeld und Berlin ausgewählt. „Seit Bekanntgabe des Projektes

Ausreichende Schutzkleidung bei der Pestizidanwendung ist auf vielen ugandischen Blumenfarmen Fehlanzeige.

haben schon einige Biobauern bei mir ihr Interesse angemeldet", freut sich Silke Peters, die Geschäftsführerin des FLP. Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau in Frankfurt wird das Projekt wissenschaftlich begleiten. FLP ist damit bei der Durchsetzung sozialer Standards in der Blumenindustrie wieder Pionier.

Klimaneutrale FLP-Blumen

Ecuadorianische FLP-Produzenten streben die klimaneutrale Blumenproduktion an. Dazu haben sie ein vierstufiges Projekt begonnen, in dessen Verlauf zunächst erfasst wird, durch welche Tätigkeiten CO_2 abgegeben wird: In der zweiten Phase sollen die CO_2-Mengen berechnet werden um dann nach Projekten zu suchen, durch die die Mengen ausgeglichen werden können. Wenn diese Fragen geklärt sind, kommt die letzte Phase der Umsetzung.

Roman Herre

Gelungene Zusammenschau

Aufgrund seiner klimatisch günstigen Bedingungen spielt Lateinamerika bei der Frage der Produktion von Agrartreibstoffen eine wichtige Rolle – auch für Europa. Dies wurde nicht zuletzt durch das 2008 unterzeichnete Energieabkommen zwischen Brasilien und der Bundesrepublik unterstrichen. Die weltweit verstärkte Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen gibt dieser Region jedoch nicht nur positive wirtschaftliche Impulse, sondern verändert auch machtpolitische Konstellationen, wirkt sich negativ auf die Umwelt aus und verstärkt soziale Konflikte.

Der vorliegende Sammelband versucht die unterschiedlichsten Sichtweisen und Themen – vom Klimaschutzpotential über geschichtliche und politische Zusammenhänge bis hin sozioökonomischen Auswirkungen – zusammenzutragen. Länderschwerpunkte sind dabei Brasilien und Kolumbien, aber auch Argentinien und Paraguay werden unter die Lupe genommen. Weiterhin werden in dem Band die Folgen des Agrartreibstoffbooms für die Ernährungssicherung der ländlichen Bevölkerung und die Durchsetzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung ausführlich behandelt. Alles in allem eine gelungene Zusammenschau einer komplexen Materie. Ein Buch, das mehr als nur Basiswissen zum Thema aufbietet.

Biokraftstoffe und Lateinamerika – Globale Zusammenhänge und regionale Auswirkungen
Hrsg.: Birgit Velte, Stefan Schmalz, Nora-Christine Braun, wvb Wissenschaftlicher Verlag Berlin, ISBN: 978-3-86573-408-2, 342 Seiten, 19 Euro

Personalia

In der Kölner Geschäftsstelle von FIAN-Deutschland stehen zum Frühjahr einige personelle Veränderungen an. Britta Schweighöfer, die seit Mai 2003 die Geschäftsführung der deutschen Sektion wahrnahm, verlässt FIAN zu Ende März, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden. Der Vorstand von FIAN-Deutschland und das Team der Geschäftsstelle danken ihr an dieser Stelle herzlich für ihren engagierten Einsatz! Die Geschäftsführung übernimmt ab April Ute Hausmann, die Finanzverwaltung geht neben dem Bereich der Agrarreform in die Zuständigkeit von Roman Herre über. Die Themen Bergbau und Eilaktionen übernimmt Sebastian Rötters, der das Team der Geschäftsstelle ab Mitte März verstärkt.

Zudem hat sich Verena Albert, bislang zuständig für die Publikationsverwaltung und Datenbankbetreuung, zu einer beruflichen Weiterbildung entschlossen und FIAN zu Ende Februar verlassen. Auch ihr an dieser Stelle von Vorstand und Team ein herzliches Dankeschön für ihre unermüdliche Unterstützung! Ihre Aufgaben werden von einem weiteren Neuzugang in der Geschäftsstelle übernommen, die Entscheidung war bei Redaktionsschluss noch nicht gefallen.

Im nächsten FoodFirst werden wir Ihnen das neue Team von FIAN-Deutschland ausführlicher vorstellen.

Anzeige

Neue Publikationen

Ghana im Goldrausch – Menschenrechte, Landwirtschaft und Wälder in Gefahr
Dokumentation über die Folgen des Goldbergbaus und die Rolle Multinationaler Konzerne in Ghana.
Autorin: Ute Hausmann. A 4, 32 Seiten, Nov. 2008, Best.-Nr. e11, 4,50 Euro

Film: Ghana im Goldrausch – Der Fall Iduapriem AngloGold Ashanti
Der Film dokumentiert die Auswirkungen des Goldabbaus in der Iduapriem-Mine in Ghana auf die lokale Bevölkerung. CD, mit Abspielsoftware für PC, mp4-Format in zwei Auflösungen, für Beamer geeignet, 9 Minuten, englisch mit dt. Untertiteln. Nur Verleih. Best.-Nr. e12, Leihgebühr 5 Euro

Die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Weltbank
Zum aktuellen Stand der Diskussion und der Verantwortung Deutschlands. Die Dokumentation stellt die Struktur und das Selbstverständnis der Weltbank vor, unterzieht ihre Politik einer kritischen Betrachtung aus menschenrechtlicher Perspektive und reflektiert die Verantwortung Deutschlands im Rahmen von Weltbank-Projekten.
Autor: Markus Janzen. A 4, 16 Seiten, Feb. 2009, Best.-Nr. b22, 4,50 Euro

Schöne neue Landwirtschaft
Eine kritische Analyse des Weltentwicklungsberichts 2008 der Weltbank zu den Themen Agrarhandel, Landwirtschaft, Privatisierung, Biotechnologie, Sozialstandards und Regierungsführung. Forum Umwelt und Entwicklung, A 4, 35 Seiten, 2008, Best.-Nr. c28, gegen Versandkosten

Zugang zu Land & das Recht auf Nahrung
Dokumentation zur gleichnamigen Fachtagung vom 12. November 2008 in Bonn.
Die Dokumentation geht auf die zentralen Diskussionspunkte und weiterführenden Fragestellungen zu einem menschenrechtsbasierten Ansatz in der Landpolitik der EZ ein. Sie soll als Basis für eine breit angelegte Diskussion dieses komplexen Themas in – und besonders zwischen – staatlichen und Nichtregierungsorganisationen verstanden werden.
Hrsg.: FIAN, GTZ und Misereor, A 4, 8 Seiten, Nov. 2008, Best.-Nr. c29, 0,50 Euro

Strategien zur Globalen Landwirtschaft
Synopse 7 aktueller Konzepte zur ländlichen Entwicklung und Landwirtschaft.
Die Landwirtschaft steht wieder hoch im Kurs, nachdem sie über 20 Jahren vernachlässigt wurde. Allerdings unterscheiden sich die Strategien zur Förderung der Landwirtschaft teilweise erheblich. Die Studie vergleicht und bewertet sieben aktuelle Konzepte – vom Weltagrarbericht IAASTD bis zum Weltentwicklungsbericht der Weltbank – bezüglich ihrer Lösungsansätze zur Hungerbekämpfung und der Bedeutung von Gentechnik, traditionellem Wissen, KleinbäuerInnen, Staat und Privatwirtschaft in der Landwirtschaft.
Hrsg.: Forum Umwelt und Entwicklung, Autor: Roman Herre, 28 Seiten, Feb. 2009, Bestellnummer c30, gegen Versandkosten

60 Jahre Menschenrechte – 60 Jahre Recht auf Nahrung
Broschüre im Rahmen der Kampagne Face It – Act Now mit einer Darstellung der Kampagnenarbeit anhand von drei konkreten Fällen aus Brasilien, Ghana und Uganda sowie Beiträgen zum Thema Agrotreibstoff und zur politischen Lobbyarbeit FIANs.
Hrsg.: FIAN-International, A 5, 28 Seiten, farbig, Nov. 2008, Best.-Nr. k06, 0,50 Euro

Ja, ich möchte FIANs Arbeit regelmäßig unterstützen und werde Dauerspender/in.

Ich zahle: ☐ monatlich ☐ quartalsweise ☐ halbjährlich ☐ jährlich

den Betrag von: ☐ 5 Euro ☐ 10 Euro ☐ 50 Euro ☐ _____ Euro

☐ **Bitte buchen Sie den Betrag von folgendem Konto ab:**

Kontoinhaber/in: _____

Kontonr.: _____

Name der Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum/Unterschrift: _____

☐ **Ich überweise per Dauerauftrag an FIAN Deutschland, Konto Nr. 4000 4444 00, GLS-Bank, BLZ 430 609 67.**

Absender/in _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

FIAN-Deutschland e.V.
Briedeler Straße 13
50969 Köln

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

Postvertriebsstück K 13171
Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG

FIAN-Deutschland e. V.
Briedeler Straße 13
50969 Köln

Neue Adresse

ISSN 1611-5880

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

FIAN-Deutschland ist das DZI-Spendensiegel zuerkannt worden.

Unser Spendenkonto:
FIAN-Deutschland e. V.
GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
Konto 4000 4444 00
BLZ 430 609 67

Neue Adresse

Für Österreich:
FIAN-Österreich
Johann Strauß Gasse 33/2-3
1040 Wien
Tel. 01-4055515
Fax 01-4055519
www.fian.at

Spendenkonto:
PSK-Bank
Konto 76 19 580
BLZ 60 00

Termine

FIAN-Jahresversammlung 2009

8. bis 10. Mai 2009 in Hannover

Im Seminarteil der Jahresversammlung widmen wir uns dem Thema Kinderrechte, die Mitgliederversammlung beginnt am Samstag, 9. Mai 2009, 15 Uhr. Das ausführliche Programm mit Anmeldebogen finden Sie im Mittelteil dieser Ausgabe. Bitte beachten Sie den Anmeldeschluss 20. April 2009.

FIAN-Seminar

Frauen tragen das Wasser – Männer die Entscheidungen
Zugang zu sauberem Trinkwasser aus der Perspektive von Kinder- und Frauenrechten

3. bis 5. April 2009
Jugendherberge Göttingen

Über 1,2 Milliarden Menschen haben weltweit keinen angemessenen Zugang zu sauberem und ausreichendem Trinkwasser. Weiteren 2,6 Milliarden mangelt es zudem an sanitären Einrichtungen. Am stärksten betroffenen sind Frauen und Kinder – ihr Menschenrecht auf Wasser wird tagtäglich verletzt.

Ziel des Seminars ist es, Verletzungen des Rechts auf Wasser anhand von Fallbeispielen aufzuzeigen und die Rechte von Frauen und Kindern in diesem Kontext gezielt herauszuarbeiten und zu benennen. Weiter wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung das Recht auf Wasser im internationalen Menschenrechtssystem heute einnimmt und wie das Menschenrecht auf Wasser in andere Arbeitsbereiche von FIAN stärker integriert werden kann.

Den Seminarflyer mit ausführlichem Programm und Anmeldebogen finden Sie im Mittelteil dieser Ausgabe.
Kontakt: Ute Hausmann, *u.hausmann@fian.de* .

Seminar

FIAN gemeinsam mit Brot für die Welt und Germanwatch
Recht auf Nahrung und Klimawandel

26. bis 27. Juni 2009 in Hannover

Weitere Informationen bei Armin Paasch, *a.paasch@fian.de* .

Foto: Jean-Paul Breuard

Ein langer Atem....

...ist Teil erfolgreicher Menschenrechtsarbeit. FIANs Arbeit für das Recht auf Nahrung und die Würde des Menschen beruht auch auf Beharrlichkeit. Viele Fälle von Menschenrechtsverletzungen begleiten wir über Jahre hinweg bis ein Durchbruch erzielt werden kann, denn oftmals gibt es keine einfachen Lösungen.

Menschen verlassen sich auf uns und damit auch auf unsere Spender und Spenderinnen.

Zeigen auch Sie einen langen Atem!
Werden Sie Dauerspender!

Sie ermöglichen damit die langfristige Planung, Zuverlässigkeit und Qualität, die für Menschenrechtsarbeit unabdingbar sind.

Bitte unseitige Angaben ausfüllen, Postkarte abtrennen und einsenden an FIAN-Deutschland

FIAN